

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 4.

Donnerstag, den 6. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Revolutionäre wider Willen.

Die steigende Produktivität der Arbeit ist die wesentlichste Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der Menschheitsgeschichte überhaupt. Unablässig sind die Menschen bedacht, durch immer neue Arbeitsmittel und immer neue Arbeitsmethoden ihre Arbeit produktiver zu machen, als sie schon war. Der Hauptanteil dieser Aufgabe fällt heutzutage dem Kapital zu. Raslos sucht es, von der Konkurrenz gezwungen, nach neuen Verbesserungen und Vervollkommnungen der Maschinen wie der Arbeitsweise, um immer noch mehr und immer noch mehr aus der Arbeit herauszuholen und dadurch seinen Profit zu steigern. Dadurch hat es auf die Länge der Zeit eine Umwälzung, eine Revolution zustande gebracht, die sich neben den wichtigsten weltgeschichtlichen Ereignissen wohl sehen lassen kann. Man vergleiche nur die gesamten Lebenszustände der Menschen heute mit denen vor 400 Jahren, als das Kapital begann, in die Produktion einzugreifen.

Sagt man aber diese ganze 400—500jährige Entwicklung mit einem Blick zusammen, so zeigt sich: das Mittel, welches die Produktivität der Arbeit steigerte, ist allemal die Zusammenfassung, die Vereinigung der Arbeit gewesen, oder noch besser, ihre Vergesellschaftung. An die Stelle der individuellen (vereinzelt) Arbeit schob sich allmählich die kollektive (gemeinschaftliche). Je größer die Zahl der vereinigten Arbeiter und je planmäßiger ihre Vereinigung, desto produktiver ihre Arbeit. Schon hieraus folgt, daß die höchste Produktivität erreicht werden wird durch die planmäßige Vereinigung der gesamten produzierenden Arbeit, was nichts anderes ist, als die sozialistische Produktion. Und jeder, der die Produktivität der Arbeit zu steigern trachtet und zu diesem Zwecke immer größere Arbeitermassen zu planmäßiger Tätigkeit vereinigt, arbeitet in der Richtung auf die sozialistische Produktion, ist ein Revolutionär, wenn auch meist ohne es zu wissen noch zu wollen. In diesem Lichte gesehen, ist die Tätigkeit des Kapitals außerordentlich revolutionär, und unsere modernen Riesenkapitalisten, die nicht ruhen noch rasten, um die Dividende zu vergrößern, sind allesamt Revolutionäre wider Willen.

Die Richtigkeit dieser Anschauung — daß es nämlich die Vergesellschaftung der Arbeit ist, die ihre Produktivität steigert — wird wieder einmal bewiesen durch einige Zahlen über die neueste Entwicklung der deutschen Eisenindustrie. Diese Entwicklung steht seit etwa zehn Jahren unter dem Zeichen des Kampfes zwischen den sogenannten „reinen“ und „gemischten“ Betrieben. Ein Hochofenwerk zum Beispiel, das nichts anderes ist als eben ein Hochofenwerk, und sein Produkt an ein anderes Werk zur Weiterverarbeitung verkauft, ist ein reiner Betrieb. Dagegen kann ein Hochofen auch mit einem Walzwerk vereinigt sein. Dann wird das Produkt des Hochofens nicht verkauft, sondern seine Produktion wird von vornherein für die Bedürfnisse gerade dieses Walzwerks eingerichtet, und das Ganze ist ein gemischter Betrieb. Durch die Vereinigung der verschiedenen Zwischenstufen der Produktion sind die gemischten Werke viel produktiver als die reinen.

Nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich in den Jahren 1907 und 1908 die Erzeugung von Roheisen in Deutschland, nach den verschiedenen Bezirken geordnet, wie folgt gestaltet:

	1907	1908	Prog.
Rheinland-Westfalen	5 448 124 To.	4 945 968 To.	— 9,18
Siegerland-Lahn			
Wassau	889 909	607 475	— 20,15
Schlesien	988 658	928 161	— 1,12
Mittel- und Ostdeutschland	627 804	616 580	— 1,79
Bayern, Württemberg, Thüringen	202 900	208 688	+ 2,75
Saarbezirk	950 446	1 025 256	+ 7,90
Lothringen-Luxemburg	3 989 922	3 481 193	— 12,75

Auf den ersten Blick fällt hier die starke Abnahme auf im Siegerland und in Lothringen-Luxemburg. Nun gab es im Siegerland 24 Werke mit 38 Hochofen; davon gehörten 9 Ofen zu gemischten, 29 Ofen zu reinen Betrieben. In Lothringen-Luxemburg gab es 21 Werke mit 86 Ofen, wovon 46 Ofen zu gemischten und 40 Ofen zu reinen Betrieben gehörten. Im Siegerlande also waren noch über 76 Prozent aller Ofen im reinen Betrieb, und ihre Produktion hat so kolossal abgenommen. In Lothringen-Luxemburg war freilich über die Hälfte der Ofen im gemischten Betrieb, aber hier spielt ein anderer, sehr interessanter Umstand mit. Die reinen Hochofenwerke dieses Bezirkes gehören nämlich zum Teil denselben Firmen, die im Saarrevier gemischte Werke besitzen. Diese haben nun ihre reinen Werke in Lothringen-Luxemburg zum Teil

stillgelegt und deren Produktion auf die gemischten Werke des Saarreviers übernommen, was ebenfalls ein Beweis für die größere Produktivität der gemischten Werke ist. Das Saarrevier hat, wie die Tabelle zeigt, eine recht bedeutende Zunahme seiner Produktion zu verzeichnen, und dort gibt es nur gemischte Werke! Endlich zeigt die Tabelle noch einen starken Rückgang in Rheinland-Westfalen. Dort sind von 91 Hochofen 56 in gemischtem Betrieb (61½ Prozent) und nur 35 (38½ Prozent) in reinem. Der Rückgang ist aber auch nur scheinbar, weil das Hochofenwerk Lübeck im Jahre 1907 zu Rheinland-Westfalen gerechnet worden ist, 1908 dagegen zu Mittel- und Ostdeutschland. Daraus folgt zugleich, daß in diesem letzteren Bezirk, der von 24 Hochofen nur 4 in gemischtem und 20 in reinem Betrieb hat, der Rückgang stärker gewesen sein muß, als die Tabelle zeigt.

Für das Jahr 1909 reicht die Statistik bis Ende Oktober. In diesen zehn Monaten gestaltete sich die Produktion im Vergleich zum Vorjahre wie folgt:

	1908	1909	Prog.
Rheinland-Westfalen	4 137 622 To.	4 565 210 To.	+ 9,69
Siegerland-Lahn-Wassau	487 141	524 411	+ 7,65
Schlesien	779 009	706 022	— 9,37
Mittel- u. Ostdeutschland	511 664	538 165	+ 5,11
Bayern, Württemb., Thür.	174 310	160 594	— 7,93
Saargebiet	858 425	942 108	+ 10,39
Lothringen-Luxemburg	2 923 057	3 171 922	+ 8,52

Hier zeigen alle von uns besprochenen Bezirke eine Steigerung, weil Anfang 1909 die Roheisen-Syndikate sich auflösten und die Konkurrenz nun alle zwang, so viel wie möglich zu produzieren. In der Spitze steht auch hier wieder der Saarbezirk mit seinen nur gemischten Betrieben. Darauf folgen Rheinland-Westfalen und Lothringen-Luxemburg. Von ihnen sagt der Statistiker: „In diesen beiden Bezirken muß der Löwenanteil der Zunahme notwendigerweise auf die gemischten Werke entfallen, da diese mit einem Nachdruck, wie kaum jemals zuvor, mit Verkäufen am Roheisenmarkt vorgegangen sind, um ihre Hochofen möglichst voll im Betrieb zu halten.“ Das gleiche darf wohl auch für das Siegerland gelten, das für den kolossalen Rückgang des vorigen Jahres jetzt durch die, wenn auch beträchtliche Steigerung noch lange keinen Ausgleich findet. — Für die übrigen Bezirke, Schlesien, Mittel- und Ostdeutschland, Bayern, Württemberg und Thüringen, sind in der Statistik keine weiter detaillierten Angaben gemacht. Alles in allem kommt der Statistiker zu dem Schluß: „Ist nun auch bei weiterem Wandern der aufsteigenden Bewegung am Eisenmarkt zu erwarten, daß auch die reinen Hochofenwerke ihre Produktion wider stärker ausdehnen können, so ergibt sich doch aus alledem, daß sie bei aufsteigender Konjunktur in weitem Abstände hinter den gemischten Werken herhinken müssen, um bei einem Umschwung sofort mit aller Wucht von dem Rückschlag sich getroffen zu sehen. Die Entwicklung drängt also die reinen Werke immer mehr in den Hintergrund.“

Die aber diese Entwicklung machen, das sind die großen und größten Kapitalisten. Sie arbeiten unablässig an der Vergesellschaftung der Produktion und damit wider Willen an der Revolution.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kriegervereine und Sozialdemokratie.

Die letzten Wahlerfolge der Sozialdemokratie liegen den braven Kriegervereinen schwer im Magen. Die „Parole“, das amtliche Organ des deutschen Kriegerbundes, macht deshalb gegen die Laune der Mitglieder scharf und verlangt strenge Maßregeln gegen diejenigen, die ihre patriotische Pflicht nicht erfüllen. In seiner Neujaahrsnummer schreibt das ehrfame Blatt:

„Um die Kriegervereine bei den Wahlen ihre Schuldigkeit? Uns will es nicht immer so scheinen. Denn wie hätte sonst die sozialdemokratische Hochflut so anschwellen können, wenn die 1,7 Millionen Mitglieder des Deutschen Kriegerbundes sämtlich auf der Wacht gestanden hätten? Wenn sie, einerlei welcher staatsverhaltenden Partei sie angehören — danach haben wir nicht zu fragen — dem roten Feind an der Wahlurne geschlossen entgegengetreten wären. Auch hier ist eine Mahnung für die Vorliegenden am Platze, es an Belehrung, Unterweisung und nötigenfalls an kräftigem Einschreiten nicht fehlen zu lassen.“

Deutlich wird in diesen Zeilen ausgesprochen, daß die Leiter der angeblich unpolitischen Kriegervereine ihre Gefolgschaft als Truppen zur Erkämpfung reaktionärer, volksfeindlicher Wahlflüge betrachten. Der eigentliche Zweck der Kriegervereine wird dadurch treffend klargelegt. Um so mehr muß sich jeder aufgeklärte, eine bessere Lebenslage erstrebende Arbeiter für verpflichtet halten, nicht einem Verein anzugehören, dessen Bestrebungen sich direkt gegen seine Klasseninteressen richten.

Das mißlungene Schachergeschäft.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ behandelt den Kandidatenzwist in Eisenach, um den Beweis zu führen, daß an dem Bismarck die Freisinnigen schuld sind. Es wird da erzählt:

Die hiesige freisinnige Parteileitung forderte die Überlassung eines Landtagsmandats für ihren Herrn Kühner. Obwohl die Wahlvorbereitungen für einen nationalliberalen Kandidaten bereits getroffen, die Nominierung der Kandidaten erfolgt und die Wahlarbeit bereits begonnen war, versuchten wir auch Erfüllung dieses Wunsches. Es gelang unseren Bemühungen nicht. Dar nach forderte die freisinnige Parteileitung die Zusage der Meininger Nationalliberalen, 1912 wieder für einen freisinnigen Reichstagskandidaten einzutreten, und wir konnten zu unserer Freude diese Zusage von unseren Meininger Parteifreunden erhalten. Gleichzeitig empfahlen uns diese Herren Schultze Krug aus Obermaßfeld, einen nationalliberalen Abgeordneten des Meininger Landtags, als vorzüglichen gemeinsamen Kandidaten, der, was uns bei unseren Einigungsbestrebungen besonders wertvoll erscheinen mußte, von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller-Meinungen warm empfohlen war.

Die warme Empfehlung des Bündlers Krug durch den Abgeordneten Müller-Meinungen ist also auf die Sorge dieses Herrn um sein gefährdetes Reichstagsmandat zurückzuführen.

Zur preussischen Wahlreform.

Liegen zwei beachtenswerte Meldungen vor. Die „Kölnische Zeitung“, das führende Organ der rheinischen Nationalliberalen bezeichnet die geheime Stimmenabgabe und die direkte Wahl als das mindeste, was eine Wahlrechtsreform bringen muß. Diese Auffassung des nationalliberalen Blattes findet aber ohne Zweifel in den Reihen der nationalliberalen Landtagsfraktion keineswegs ungeteilte Zustimmung. Hat doch erst dieser Tage der in der Nachbarschaft der „Kölnischen Zeitung“, in Dortmund und hauseigenen nationalliberalen Abg. Schmieding in der „Nationalzeitung“ dargelegt, daß die geheime Wahl zur politischen Charakterlosigkeit erziehe.

Die andere Meldung stammt aus der freikonservativen „Post“, die es als zutreffend bezeichnet, daß an der öffentlichen Stimmenabgabe festgehalten werde und dann bemerkt:

„Darüber wird man aber nicht zweifelhaft sein können, daß eine Wahlvorlage, in welcher die öffentliche Stimmenabgabe allgemein beibehalten wird, die Sammlung der durch die Reichsfinanzreform auseinandergerungenen Parteien nicht fördern, sondern im Gegenteil den Rückwärtigen erweitern wird, es sei denn, daß in derselben die liberalen Parteien durch weitgehendes Entgegenkommen in bezug auf die Abstufung des Wahlrechts ein Ausgleich geboten wird. Auch wird man sich nicht mit der Hoffnung schmökeln dürfen, daß ein Wahlgeseh, welches die geheime Stimmenabgabe grundsätzlich ausschließt, den Abschluß der Reform des preussischen Wahlrechts bedeuten würde. So weit sich die Dinge jetzt beurteilen lassen, würde man es alsdann vielmehr nur mit einer Phase in dem voraussichtlich demnächst noch heftiger entbrennenden Kampfe um das preussische Wahlrecht zu tun haben.“

Darin hat das freikonservative Blatt recht!

Nationalliberaler Mannesmut.

In den zottigen Brüsten der Nationalliberalen im Herzogtum Gotha hat sich so etwas wie Mannesmut geregt. Sie wollen den politischen Kampf künftig nur auf die eigene Kraft gestützt, geführt wissen. Deshalb verlangen sie, daß künftig nur noch der Zentralvorstand der Partei, nicht mehr aber einzelne Wahlkreise oder gar einzelne Personen, Wahlbündnisse abschließen darf. Der Zusammenschluß aller liberalen Gruppen wurde als nicht empfehlenswert erachtet, ein Bündnis mit Sozialdemokraten direkt verneint. „Lieber im harten Kampf, aber mit Ehren zugrunde gehen, als mit der Sozialdemokratie partakieren“, so rufen nach einem in der „Nationalzeitung“ enthaltenen Bericht die Gothaer Nationalliberalen aus. Eigentlich sind die Herrschaften aber bereits zugrunde gegangen, freilich nicht mit Ehren, denn bei den letzten Wahlen hatten sie nicht einmal den Mut, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern wählten den freikonservativen Prinzen Hohenlohe.

Merkmale Wahlpolitik.

Wie jetzt aus Anlaß eines Protestes gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl der zweiten Klasse in Köln bekannt wird, hat man auf Seiten der Zentrumspartei mit den schärfsten Mitteln gearbeitet. Die Leitung der Wirtvereinigungen hatte alle Stadtverordnetenkandidaten über ihre Stellung zur Schankkonzessionssteuer befragt. Die Erklärungen von drei liberalen Kandidaten wurden aber der Öffentlichkeit sowohl als den Wirlen im Interesse der Zentrumspartei vorenthalten. Ferner richtete der Zentrumspartei-Verordnete S. Comp, ein Restaurateur, in letzter Stunde ein Kund schreiben an die Wirts, die fast einmütig dem Zentrum

wegen seiner Steuerdaten bei der Reichsfinanzreform die Stimme verweigerten. Stadto. Comp machte in dem Rundschreiben für das Zentrum Stimmung, indem er auf dessen angelegliche Verdienste um den Mittelstand hinwies (schlechte) Briefe:

„Ich erwarte als Kollege, daß Sie im Interesse unseres Wirkens nach Erhalt dieses das Besäumte nachholen; denn nur dann kann ich erwarten, daß die Kölner Zentrumsfraktion meinen Anträgen wie bisher auch in Zukunft freundlich gegenüberstehe. . . . Ich möchte Sie daher nochmals ebenso freundlich wie dringend bitten, sich sofort zur Wahl zu begeben und Ihre Stimme für die Kandidaten des Zentrums abzugeben.“

Josef Comp
„Restaurant und Stadtverordneter.“
Dieser Zentrums-Stadtverordnete gibt also unumwunden zu, daß seine Partei bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten sich nicht davon leiten läßt, was das Gemeinwohl und die Gerechtigkeit erfordern, sondern daß ihre Beschlüsse durch die Wahlpolitik bestimmt werden.

Umsatzsteuer in Kamerun.
Seit dem 1. November v. J. ist in Kamerun eine Umsatzsteuer in Kraft getreten für den Kauf und Verkauf von Grundbesitz. Sie beträgt 10 v. H. des Wertes, bei bebauten Grundstücken und in Kultur genommenen Flächen 5 v. H.; ist das Objekt mehr wert als 1000 Mk. 3 v. H. Der Besitzwechsel durch Erbgang bleibt unbesteuert. Die Veranlagung erfolgt durch die örtliche Verwaltungsbehörde.

Der Fall Haß.
Die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ beschäftigt sich seit kurzem sehr angelegentlich mit dem Fall eines deutsch-venezolanischen Farmers namens Rudolf Haß, der sich zurzeit als gefährlicher Querschnitt in der Irenenaktion Vallorf befindet. Haß soll vor einigen Jahren, als er noch in Venezuela lebte, in einem Rechtsstreit ein obliegendes Urteil erzielt haben, dessen Vollstreckung ihm jedoch verweigert wurde. Er geriet infolge dessen mit den venezolanischen Behörden in einen etwas abenteuerlich verwickelten Konflikt, wobei ihn die deutschen Behörden den Rechtsschutz entbehren ließen, auf den er Anspruch zu haben glaubte. Schließlich blieben seine Eingaben an das Auswärtige Amt gänzlich unbeantwortet und als er durch eine beleidigende Veröffentlichung das Auswärtige Amt zu einem Prozeß zu zwingen versuchte, der die Aufmerksamkeit der Welt auf seinen Fall lenken sollte, erfolgte seine Internierung in Vallorf.

Die „Tägl. Rundschau“ macht nun zur Antwort auf ein offizielles Dementi, das die Auslagen des Haß einfach aus seinen krankhaften Vorstellungen erklärt, weitere Angaben über das Schicksal des unglücklichen Mannes, die wohl geeignet sind, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Fall hinzulenken. Sie schreibt zu dem Dementi der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“:

Selbst einem Kranken darf der Schutz des Reiches nicht verweigert werden. Hier aber haben wir die erlösende Tatsache, daß das Auswärtige Amt als Befragter, nachdem es seine Pflicht nicht getan, den Kläger einfach auf administrativem Wege mundtot macht. Niemand sonst in der Welt hat ein Interesse daran, den Mann im Irenenhaus verschwinden zu lassen, niemand hat einen derartigen Antrag gestellt, weil niemand durch Haß sich bedroht gefühlt hat.

Nun wird weiter ausführlich erzählt, daß Haß am 20. Oktober v. J. vom Kreisarzt Dr. Zimmer „auf Anordnung des Auswärtigen Amtes“ (1) untersucht worden sei. Ein zweiter Arzt, Medizinalrat Flatten, sei überhaupt nicht dazu gekommen, Haß zu untersuchen, da dieser die Anwesenheit von Zeugen fordere, worauf Dr. Flatten nicht eingeht. Der Medizinalrat entscheidet nun lediglich auf Grund der Haßschen Eingaben, daß ihr Verfasser ein Querschnitt sei und zur Beobachtung nach Vallorf müsse. Haß wird abgeführt, ohne daß sich irgend jemand um seine Habilitäten kümmert. Und wörtlich geht es dann weiter:

In Vallorf bekommt er das tragenlose Sträflingshemd und die kostliche Anstaltskleidung, bekommt keinen Kaffee und keine Graupensuppe, es ist also doch für ihn gesorgt. Der Hauswirt geht zur Post und fragt, was er mit den Sachen machen soll, fragt, ob er das Zimmer zur Verfügung halten muß. Die vergütete Antwort, ähnlich wie in Schillers „Gang nach dem Eisenhammer“, lautet: „Vermieten Sie ruhig weiter, der Tod ist nicht wieder!“

Wäre diese Darstellung des öffentlichen Blattes richtig, wäre Haß wirklich interniert worden, nur um das Auswärtige Amt vor einem unangenehmen Ankläger zu schützen, dann würden die daran schuldigen Personen einfach verdrängend behandelt haben. Das Auswärtige Amt kann vollständig im Recht gewesen sein, und war es wahrscheinlich, wenn es ablehnte, den privaten Rechtsstreit des Herrn Haß zu einer internationalen Streitfrage aufzubringen. Aber es dürfte weder seine Eingaben unbeantwortet lassen, noch gar seine irrenärzliche Unterjochung und Internierung veranlassen, die nur zum Zweck der Heilung oder des Schutzes der Allgemeinheit gegen gemeingefährliche Krankheitsanbrüche erfolgen darf.

Es muß daher unbedingt gefordert werden, daß der Fall Haß die zurechtweisende Aufklärung findet, und daß kein Held und Opfer, falls ihm Unrecht geschehen sein sollte, in ausreichender Weise entschädigt wird.

Sine päpstliche Sitzung
zeitigte im Dresdener Stadtparlament die Verhandlung über einen Antrag, der eine Reform des Religionsunterrichts, in erster Linie Verminderung der Religionsstunden in der Volksschule und eine Neufassung des Memorienstoffes, forderte. Der ganze Antrag war eine freisinnige Halbwelt, die im Rechtsanschluß noch stark radikal-liberal verfaßt worden war. Von sozialdemokratischer Seite wurde das durch den Stadterwerbenden Rißische gebührend gekennzeichnet und im Anschluß daran der Religionsunterricht in den Volksschulen einer scharfen Kritik unterzogen.

Die kühnste Mehrheit begleitete diese Ausführungen mit dem und nicht laut Entschlossenheit über verleihe. Ein halbes Duzend liberaler und konservativer

Redner fielen über den sozialdemokratischen Redner her, dem sie aber dann durch einen Schlußantrag das Wort abschneiden, wogegen die Sozialdemokraten lebhaft aber vergeblich protestierten. Die stärkste Debatte wird aber den Vorteil haben, daß der Widerspruch des heutigen Religionsunterrichts ins Licht gerückt worden ist. Das tut in Sachen besonders gut, wo der Religionsunterricht noch in orthodox-dogmatischer Weise so reichlich verzapft wird wie kaum in anderen deutschen Staaten.

Das Junkerblatt heßt!
Die Erklärung des Preußentages, von allen, selbst den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen, um für Preußen ein gerechtes Wahlrecht zu erobern, hat es dem Junkerblatt, der „Deutschen Tageszeitung“, angetan. Das Blatt meint zwar, daß ein Massenstreik zunächst nicht zu befürchten ist, aber jedenfalls werde die Sozialdemokratie ihre Leute im Feuer exerzieren. Und nun folgen diese, von unerhörter Junkerfreudigkeit zeugenden Sätze:

„Deshalb ist es die unabwendbare Pflicht der verantwortlichen Behörden, dafür zu sorgen, daß diese Exerzierübungen in ihren Anfängen überwacht und möglichst gehindert werden. Nur wenn revolutionäre Kundgebungen und Maßnahmen in Reime erstarkt werden, bleiben sie ungefährlich. Schwächliche Duldsamkeit fördert lediglich die Gefahr.“

Die preußische Wahlrechtsbewegung hält man auch mit solchen Mitteln nicht auf. Im Gegenteil: Man fördert sie nur.

Admiral v. Tirpitz kehrt aus.
Bei der Besprechung der Werft-Interpellation im Reichstag hat der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, v. Tirpitz, mehr als einmal versichert, daß er mit eiferndem Eifer Auskehr vornehmen werde. Den Anfang damit scheint er nun gemacht zu haben. Wenigstens wird amtlich verkündet: „Durch Kabinettsorder vom 4. Januar ist Vizeadmiral Breusing, Direktor des Werftdepartements des Reichsmarineamtes in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt unter gleichzeitiger Verleihung des Charakters als Admiral.“

Weitere Personalveränderungen sollen bevorstehen. Als ob es damit getan wäre. Wenn die Werften rationell arbeiten sollen, dann muß mit dem jetzigen System gebrochen werden. So aber kommen neue Männer und das System bleibt das alte. Dem Herrn v. Tirpitz wird der Wunsch des Reichstages noch etwas deutlicher ausausgedrückt werden müssen.

Staatssekretär und Bischof.
In der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ spricht Staatssekretär Jörn v. Bulach den beiden Bischöfen von Metz und Straßburg sein Mißfallen über ihre Einmischung in die Angelegenheiten der elsass-lothringischen Lehrerschaft aus. Das Schreiben lautet folgendermaßen:

Aus den öffentlichen Blättern entnehme ich, daß Euer Gnaden an die Ihrer Diözese angehörigen katholischen Lehrer eine Mitteilung und Aufforderung bezüglich ihrer Stellung zum Allgemeinen deutschen Lehrerverein gerichtet haben. Da die Nachricht bisher von keiner Seite widerrufen ist, muß ich annehmen, daß sie den Tatsachen entspricht.

Die Mitteilung Euer Gnaden an die Lehrer kommt der Mitteilung von Verhaltungsmaßregeln gleich. Den darin liegenden Eingriff in den Bereich der staatlichen Befugnisse muß ich zurückweisen. Ich behauere denselben um so mehr, als Euer Gnaden aus früheren Mitteilungen meines Amtsvorgängers (Schreiben vom 12. Oktober 1907) die Stellung der Schulverwaltung zur Sache bekannt ist: „Es ist für diese selbstverständlich Pflicht, daß sie das Recht des Einzellehrers achtet, sich außerhalb des Amtes frei, jedoch innerhalb der Schranken des Gesetzes, insbesondere des Beamtengesetzes, zu bewegen.“ Die gleiche Richtlinie muß von jeder anderen Behörde innegehalten werden. Mitteilungen aber in Beziehung auf das Verhalten der Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit oder ihren Hauptgruppen sind nur auf dem Dienstwege zulässig. So fern es mir liegen würde, den Seelfürger zu verhindern mit den Angehörigen der Gemeinde über religiöse und kirchliche Angelegenheiten zu verhandeln, so wenig ich daran gedacht hätte, dem Oberhirten einer Diözese das Recht zu bestreiten, durch einen kirchlichen Akt sich an die Gesamtheit seiner Diözesanen zu wenden; ebensowenig muß ich daran festhalten, daß die mir nachgeordneten Beamten und Lehrer hinsichtlich ihres Verhaltens lediglich von ihren Vorgesetzten Weisungen erhalten. Sollte je der Fall eintreten, daß Euer Gnaden glauben, in bezug auf Angelegenheiten nicht kirchlicher Art Wünsche hinsichtlich der Schule oder der Lehrer geltend machen zu sollen, so möchte ich Sie bitten, sich darüber mit mir ins Benehmen setzen zu wollen. Ich bin jederzeit bereit, zur Förderung sachlich berechtigter Interessen mitzumischen.

Da die ganze Angelegenheit in die Öffentlichkeit gelangt ist, setze ich mich veranlaßt, auch dieses Schreiben demnächst zu veröffentlichen.

Jörn v. Bulach,
Staatssekretär von Elsaß-Lothringen.

Auf dieses Schreiben bringt die „Lothr. Volksstimme“ folgendes Antwortschreiben des Metzger Bischofs Willibrod:

Euer Erzellenz erwidere ich auf das gütige Schreiben vom 1. d. M. ganz ergeben, daß ich die vorletzte Nummer des „Schulfreundes“ an die Pfarre meiner Diözese gesandt und sie erucht habe, von derselben Kenntnis zu nehmen und dieselbe alsdann den Lehrern ihrer Gemeinden zuzustellen. Ich erachtete es als ein Recht beziehungsweise eine Pflicht meines oberkirchlichen Amtes, die katholischen Lehrer meiner Diözese auf die religiöse Seite des Eintritts in den allgemeinen deutschen Lehrerverein aufmerksam zu machen. Eine Mitteilung von Verhaltungsmaßregeln an die Lehrer lag mir dabei selbstverständlich fern und noch mehr ein Eingriff in die staatlichen Befugnisse. Wenn Euer Erzellenz es für angezeigt halten, das Schreiben zu veröffentlichen, so bin ich benötigt, auch diese Antwort der Öffentlichkeit zu übergeben.

gez. Willibrod, Bischof von Metz.
Der Konflikt ist um so interessanter, als der Bruder des Staatssekretärs der Weisbischöf Jörn v. Bulach in Straßburg ist. In der Sache selbst wird jeder, der nicht einseitig kirchlich befangen ist, anerkennen, daß es sich um einen groben kirchlichen Übergriff handelt, zu dessen öffentlicher Zurückweisung der Staatssekretär kraft seines Amtes verpflichtet war.

Rußland.
Der bekannte Gelehrte Kowalewski zu Genäuis verurteilt. Aus Petersburg wird geschrieben: Vor über drei Jahren gab der bedeutende Wirtschaftshistoriker und jetzige Mitglied des Reichsrats M. Kowalewski eine gemäßigte liberale Tageszeitung „Srana“ heraus. Längst ist sie dem Druck der Verhältnisse zum Opfer gefallen, und nur noch eine blasse Erinnerung mahnt an ihren fegensreichen Einfluß. Da kommt nun die Nachricht, daß Kowalewski jetzt, nach drei Jahren, wegen angeblicher Beleidigung der Armee in der erwähnten Zeitung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Diese kleinliche Abrechnung mit der Opposition in jeder Form, die selbst vor einem Kowalewski nicht Halt machte, ruft begreiflicherweise in den weitesten Kreisen die schärfste Aufregung und den heftigsten Unwillen hervor.

Griechenland.
Ich gehe, wenn das Volk es wünscht. In der diplomatischen Welt wendet sich das Interesse den letzten Vorgängen in Athen zu. Die Gerüchte von Abhängigkeitsabsichten König Georgs wollen nicht verstummen. Gegenüber diesen Gerüchten ist die „Liberte“ in der Lage, eine Erklärung König Georgs wiederzugeben, die dieser einem Diplomaten gab. Der König sagte: „Ich werde nur dann gehen, wenn ich die Überzeugung habe, daß mein Volk meinen Rücktritt wünscht, aber bis jetzt habe ich nicht den Eindruck gewonnen, daß mein Volk einen solchen Wunsch hegt.“ Der König will die Agitation der Mitteltreue dulden, so lange sie sich nicht in Widerspruch setzt mit den nationalen Interessen Griechenlands. — König Georg hat mit dieser Äußerung, wenn sie wirklich gefallen ist, seinen Kollegen keinen guten Dienst erwiesen. Behaupten diese doch immer, daß sie Herrscher von Gottes Gnaden seien!

Athen.
Als politisches Attentat charakterisiert sich die Ermordung des Fürsten Siu. Daran war von vornherein kaum zu zweifeln, aber der Mörder, der Koreaner An, hat selbst politische Motive geltend gemacht. Nach einer brieflichen Meldung des „S. T.“ aus Seoul hat An den koreanischen Zeitungen zufolge erklärt, er habe den Fürsten Siu wegen folgender Handlungen ermordet: 1. Siu habe den Plan zur Ermordung der Kaiserin von Korea im Jahre 1893 geschmiedet. 2. Er habe die Verträge von 1905, 1907 und 1909, die Korea nach und nach seiner Unabhängigkeit beraubten, redigiert. 3. Von ihm sei der Vater des jetzigen Kaisers von Korea zur Abdankung gezwungen worden. 4. Siu habe alles ins Werk gesetzt, um die Auflösung der koreanischen Armee herbeizuführen. 5. Er habe eine große Anzahl von Koreanern niedermegeln lassen und die Unwissenheit der meisten Koreaner benützt, sie um Hab und Gut zu bringen. 6. Auf Sius Befehl seien die koreanischen Schulbücher, die den Patriotismus der jungen Koreaner wecken sollten, verbrannt worden. 7. Siu habe die Pressefreiheit aufgehoben. 8. Er habe die japanischen Banknoten in Umlauf gesetzt und dem koreanischen Reiche schwere Schulden aufgebürdet. 9. Er habe seine Macht als Protektor des koreanischen Reiches mißbraucht, um es zu „japanisieren“. 10. Er habe alle seine Pläne beständig den fremden Mächten verheimlicht und so den Frieden im äußersten Osten bedroht. 11. Siu habe endlich den Vater des jetzigen Mikado, Komel Temo, ermorden lassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 6. Januar.
Achtung, Stuckateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stuckateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! über die Bauten der Firma Lortsch in Rükniß (Zwischenmeister Mabel und Behrens) ist die Sperrverhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Wissenschaftliche Vorträge für Arbeiter. Der zweite Rühle-Vortrag findet morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Vereinhauses statt. Bei dem großen Interesse, das dem ersten Vortragsabend entgegengebracht wurde, ist morgen auf einen zahlreichen Besuch mit Sicherheit zu rechnen. Jeder Arbeiter sollte die Gelegenheit, sich weiter zu bilden, mit Freuden ergreifen und die Vorträge anhören. Eintrittskarten sind auch am Eingang des Saales zu haben.

Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung dem Lübeckischen Landesverein vom Roten Kreuz eine Beihilfe von 1000 Mk.; ferner genehmigte er den Rückkauf eines Grundstückes in Mölling. In eine Kommission verwiesen wurde der Antrag auf feste Anstellung des Währungsmit einem Gehalt von 7500 bis 9500 Mk., des weiteren zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft empfohlen die Anträge auf Verstärkung der im Budget der Wandeputation für 1909 für den Waggerbetrieb vorgesehenen Mittel um 16 000 Mk., die Ausdehnung der Landgemeindefürsorge vom 11. Februar 1878 auf das Gesamtgut Weisengraben.

Von der Titelfürsorge. Es ist ein eigenartiges Zeichen der Zeit, daß alle beamteten Personen — und nicht nur solche — dahin drängen, mit irgend einem hochtrabenden Titel versehen zu werden. Die Räte, Sekretäre usw. schieben geradezu wie Pilze nach warmem Sommerregen aus der Erde. Erfolgreicherweise hatten sich bisher die Volksschullehrer in ihrer übergroßen Mehrheit von dieser der Sitte entzückenden Titelfürsorge freigehalten; sie suchten ihren Stolz darin, auch nach außen hin nur als Bildner des Volkes zu erscheinen. Jetzt werden jedoch bereits einige der hiesigen Hauptlehrer von der schlimmen Modekrankheit angesteckt; sie haben um die Verleihung des Titels Rektor nachgesucht. Gestern hatte sich der Bürgerausschuß mit der Sache zu befassen. Ihm lag folgendes Senatsdekret vor: Bereits im Jahre 1907 hat der Senat, einem Antrage der Oberprüfungsbehörde entsprechend, zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft, für Hauptlehrer der Mittel- und Volksschulen die Amtsbezeichnung „Rektor“ einzuführen. Die Bürgererschaft hat indes diesen, vom Bürgerausschuß zur Annahme empfohlenen Antrag in der Sitzung am 20. Juli 1908 abgelehnt. Mit dem in der Anlage abgedruckten Be-

richte vom 21. August 1900 hat nun die Oberschulbehörde von neuem darauf angetragen, den Leitern der Mittel- und Volksschulen, einschließlich der Berend Schröderschen Schule, die Amtsbezeichnung „Rektor“ beizulegen und einen entsprechenden Nachtrag zum Unterrichtsgesetz vom 17. Oktober 1885 zu erlassen. Der Senat kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse die Wünsche der beteiligten Lehrkräfte durchaus gerechtfertigt sind, und beschließt daher, unter Hinweis auf den anliegenden Bericht der Oberschulbehörde zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft zu stellen; daß folgender Nachtrag zum Unterrichtsgesetz vom 17. Oktober 1885 erlassen werde: In den Mittelschulen und den städtischen Volksschulen, einschließlich der Berend Schröderschen Schule, führen die Leiter vom 1. April 1910 an die Amtsbezeichnung „Rektor“. Die Leiter der vorbezeichneten Schulen müssen die Rektorsprüfung abgelegt haben; auf die gegenwärtig im Amte befindlichen sind diese Bestimmungen keine Anwendung.

Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgererschaft. Öffentlich tritt die Bürgererschaft dem Senatsantrag nicht bei.

Änderung des Artikels 50 Ziffer IV der Verfassung. Der Senat hatte vor etwa zwei Jahren angeordnet, daß für die Ausstellung einer Radfahrkarte eine Gebühr von 25 Pfg. erhoben werden soll, wogegen die Bürgererschaft Einspruch erhob, weil Artikel 50 der Verfassung ausdrücklich vorschreibt: Die Mitgenehmigung der Bürgererschaft ist erforderlich zur Einführung, Aufhebung und Veränderung direkter und indirekter Steuern und Abgaben aller Art. Der Bürgerausschuß schloß sich dieser Meinung an und der Senat ließ durch seine Justizkommission die Angelegenheit prüfen. Im Juli 1908 überreichte der Senat der Bürgererschaft ein Dekret, laut welchem er auf Grund der Darlegungen der Justizkommission zu der Auffassung gelangt war, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Gebühr handelt, zu deren Festsetzung es der Mitgenehmigung der Bürgererschaft nicht bedarf. In der Begründung war gesagt, daß der Artikel 50 der Verfassung von Gebühren gar nichts erwähne. Man verleihe unter Gebühren solche Zahlungen, die als spezielles Entgelt für die besondere Inanspruchnahme der Amtstätigkeit öffentlicher Behörden nach Maßgabe der veranlaßten Leistungen in von der Staatsgewalt einseitig festgesetzter Höhe und Ausdehnung erhoben werden. Die Wichtigkeit dieser sechzigjährigen Praxis sei bisher niemals und von keiner Seite angezweifelt worden und so könne der Senat sich nicht entschließen, von dem bisherigen Verfahren abzuweichen. Am 7. September 1908 beschäftigte sich die Bürgererschaft mit diesem Senatsdekret und setzte eine Kommission zur Prüfung der Streitfrage ein. Auch diese kam zu dem Ergebnis, daß der Senat nicht befugt sei, auf dem nach Artikel 50 ihm vorbehaltenen Gebiete der polizeilichen Verfügungen Verwaltungsgebühren ohne Mitgenehmigung der Bürgererschaft vorzuschreiben und daß demnach die Senatsverordnung vom 18. Dezember 1907 insoweit rechtsunwirksam sei, als sie die Gebühr von 25 Pfg. für die Ausstellung einer Radfahrkarte festsetze. Die Bürgererschaft nahm folgenden Antrag an: „Die Bürgererschaft hält grundsätzlich daran fest, daß nach der Verfassung ihre Mitgenehmigung für die Festsetzung von Gebühren jeder Art erforderlich ist. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß durch einen Zusatz zu Artikel 50 IV dieses ausdrücklich festgesetzt, zugleich aber der Senat ermächtigt wird, einfachere Verwaltungsgebühren im geschlechtlicher näher zu begründeten Umfang seinerseits im Wege der Verordnung festzusetzen.“ Der Senat gab daraufhin seinen Widerstand auf und beantragte folgende Fassung des Artikels 50 IV der Verfassung: „Die Mitgenehmigung der Bürgererschaft ist erforderlich zur Einführung, Aufhebung und Veränderung direkter oder indirekter Steuern und Abgaben aller Art einschließlich der Gebühren, jedoch mit der Ausnahme solcher Gebühren, die sich als ein Entgelt für besondere staatliche Leistungen darstellen und im einzelnen Falle den Betrag von 25 Mk. nicht übersteigen.“ Auch diesen Antrag verwies der Bürgerausschuß wieder an eine Kommission, die gestern Bericht erstattete. Sie empfiehlt, dem betreffenden Artikel der Verfassung folgenden Wortlaut zu geben: „Die Mitgenehmigung der Bürgererschaft ist erforderlich zur Einführung, Aufhebung und Veränderung direkter oder indirekter Steuern und Abgaben aller Art einschließlich der Gebühren. Auf den im zweiten Absatz der Ziffer 3 vorbehaltenen Gebieten kann der Senat allein Gebühren festlegen, soweit sie sich ausschließlich als ein Entgelt für die besondere staatliche Leistung darstellen, die durch eine polizeiliche Verfügung oder lediglich durch eine Handhabung bestehender Gesetze betreffende Bestimmungen vorgeschrieben ist. Für die anderweitige Festsetzung solcher Gebühren, die durch Rat- und Bürgerentscheidungen bestimmt sind, ist die Mitgenehmigung der Bürgererschaft erforderlich.“ Der Bürgerausschuß empfahl diese Abänderung der Verfassung der Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

Die Errichtung einer Krankenstation im ehemaligen St. Annenloster zur Entlastung des Allgemeinen Krankenhauses beantragt der Senat: Esfordern sind für bauliche Umdänderungen 7200 Mark und für die Ausstattung der Krankenräume 12 000 Mark. Der Bürgerausschuß sprach sich für die Mitgenehmigung des Antrages durch die Bürgererschaft aus.

Gebundene Gegenstände. Im Monat Dezember v. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt worden: diverse Portemonnaies mit Inhalt, 1 goldener Herrenring, 1 goldener Kinderring, 1 goldener Kneifer, 2 Kneifer mit Messerführung, 1 goldene Brosche, 1 verfilberte Brosche, 1 Herren-Mitteluhr, 1 Kinderhalskette, 1 Kinderbrille, 1 Krawattenknäuel, 1 Radfahrer-Pelerine, 1 Herrenschirm, 1 Paket mit Kleiderstoffen und Futter, 1 Damenstirn, 1 Damen-Kleiderrock, 1 Damen-Sack, 1 braune Pelzboa, 1 schwarzer Damenmantel, 1 Paar wildlederene Handschuhe, 1 Paar Gummischuhe, 2 Federdecken, 2 Taschentücher, 1 Handtasche, 1 Strickzeug und mehrere Taschentücher.

Handelsregister. Am 5. Januar 1910 ist eingetragen: 1. die Firma-Lübecker Doct., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Die Erwerbung von Schwimmböden für Schiffe und die Verwertung derselben, sei es durch Verkauf, sei es zur entgeltlichen Benutzung durch Dritte, sei es zur eigenen Ausnutzung, sowie die Eingehung und Vermittlung von im Doct- und Werftbetriebe vorkommenden Geschäften. Stammkapital: 311 000 Mk. Geschäftsführer: Emil Stolz, Werftdirektor in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Dezember 1909 festgestellt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“. 2. Die Firma J. O. Schmidt & Co. in Lübeck. Inhaber: J. O. Schmidt, Expediteur in Lübeck. 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Dreßler in Lübeck: Dem Franz Hermann Niemann in Lübeck ist Procura erteilt; 4. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Dreßler u. Wilde in Lübeck: Hans J. S. A. Wilde, Kaufmann in Lübeck ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Procura desselben ist erloschen; 5. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Dreßler u. Severin in Lübeck: Der Kaufmann S. A. Severin in Lübeck ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Ein Verquillen eigener Art leisteten sich dieser Tage die „Bremer Nachrichten“. Sie berechneten, zu welcher Summe ein mit Beginn unserer Zeitrechnung auf Zins und Zinseszins ausgeliehener Pfennig angewachsen wäre. Sie kommen unter Annahme eines Zinsfußes von 3 1/2 vom Hundert zu folgenden Ziffern:

In zirka 67 Jahren hätte sich die Summe verzehnfacht, war also auf 10 Pfg. angewachsen. In weiteren 67 Jahren war diese letztere Summe wieder verzehnfacht, also zu 100 Pfg. gestiegen. So ging es weiter. Im Jahre 1878 wäre diese Verzehnfachung zum achtundzwanzigsten Male eingetreten und aus dem Pfennig wären 10 000 000 000 000 000 000 000 000 Pfennig oder 100 000 000 000 000 000 000 000 000 Mark geworden. Rechnet man, daß aus 1 Kubikmeter Gold zirka 50 000 000 Mark geprägt werden können, so würde man zur Ausprägung der Summe aus dem angewachsenen Zins und Zinseszins ein Viertel Kubikmeter Gold haben müssen, welches zirka 2000 Kilometer lang, 1000 Kilometer hoch und 1000 Kilometer breit ist. Von diesem Viertel Kubikmeter könnte man unserer Erde ein Ringchen um den Leib machen, und zwar wo sie am dicksten ist, am Äquator, dieses Ringchen würde ungefähr 1000 Kilometer breit und 50 Kilometer dick sein. Man könnte auch ein Schachtelchen aus zirka 4 Kilometer dickem Goldblech daraus machen, in welches man unsere Erde legen könnte. Würde der oben angeführte Pfennig aber gar mit fünf Prozent verzinst, dann würde eine solche ungeheure Summe herauskommen, daß unsere größten Gelehrten ihre liebe Last hätten, die Zahl auszusprechen, denn das wäre eine neununddreißigstellige Zahl für die Summe in Mark. Aus dem dazu gehörigen Klumpen Gold könnte man ungefähr zwei Milliarden Kügelchen machen von der Größe unserer Erde. Sogar aus den zu der Summe nötigen 1000-Markstücken könnte man zirka 100 Millionen Kügelchen von Erdengröße machen. Würde man aus den Tausendmarkstücken eine vierlantige Säule von 1000 Kilometer Seitenslänge aufbauen, so müßte diese nicht weniger als 100 Milliarden Kilometer hoch werden und die in heutiger Zeit auflaufenden Zinsen und Zinseszinsen würden es nötig machen, daß diese Säule in jeder Sekunde um zirka 7 Kilometer erhöht wird.

Unter der Voraussetzung, daß diese Zahlen richtig sind, zeigen sie uns in überaus drastischer Weise, welche ungeheuren Summen für die Geldbesitzer zur Verzinsung ausgeliehener Gelder aufgebracht werden müssen. Und das ist bei der großen Rolle, die im heutigen Produktionsprozess das Kapital spielt von allergrößter Wichtigkeit besonders auch für die Arbeiter. Denn woher werden die Gelder zur Verzinsung genommen? Den Arbeitern zapft man sie ab in schwerer kapitalistischer Fron. Sie entkommen dem Mehrwert, den die heutige Wirtschaftsweise den Arbeitern abpreßt. In dieser Hinsicht werden die oben nachgedruckten Zahlen auch für die Arbeiter interessant.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 4. d. M. morgens wurde in Hamberge ein Fahrrad gestohlen. Das Rad hat der Dieb an einen hiesigen Trödler veräußert. Der Dieb war ein in Hamberge aus dem Dienst entlaufener Knecht.

pb. Gestohlene Enten. Einem in der Rahlhorststraße wohnenden Gärtner wurden am 5. d. M. nachmittags gleich nach Eintritt der Dunkelheit eine Anzahl Enten gestohlen. Als des Diebstahls der Enten bringend verdächtig ist ein in der Hützelstraße wohnender Wildhändler, bei dem die Tiere gefunden wurden, festgenommen worden. Er will sie von einer unbekanntem Frau gekauft haben.

Die Parole lautet für jeden Arbeiter: Meidet den Schwaps! Trinkt kein Bier zu erhöhten Preisen!

Unterhaltungabend der Jugendorganisation. Wir wollen auch an dieser Stelle nochmals auf den am nächsten Sonntag von nachmittags 6 Uhr ab im Vereinshaus stattfindenden Jugendabend aufmerksam machen. Das Konzertprogramm ist sehr sorgfältig ausgewählt worden, so daß allein der musikalische Teil einen für die Lübecker Arbeitererschaft seltenen Genuß verspricht. Dann wechseln Deklamationen und Rezitationen unserer besten Volksdichter (Karl Henckell, Rilkenonon usw.) einander ab. Damit auch der Humor nicht fehlt, werden einige Dialektvorträge aus Meuter und je eine komische Duo- und Ensemblezene zur Aufführung kommen. Weiter ist in jedem Teil ein gemeinschaftlicher Gesang eingelegt worden. Der Eintrittspreis von 20 Pfennig ist dem Gebotenen gegenüber so niedrig gehalten, daß jeder Freund der proletarischen Jugendbewegung daran teilnehmen kann. Durch die Veranstaltung glaubt die Jugendkommission, die hiesige Arbeitererschaft noch mehr als bisher für die Jugendbewegung zu interessieren und die Arbeitereltern zu veranlassen, ihre schulentlassenen Kinder nicht in die evangelischen und zünfterischen Jünglings- und Jungfrauenvereine zu schicken, wo sie nur der Verdummung und Heuchelei preisgegeben sind, sondern in die freie Jugendorganisation, wo sie mit ihresgleichen arbeiten und lernen können. Alle Freunde und Gönner der Arbeiterfrage sind eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag gelangt die Operetten-Modität „Die kleine Prinzessin“ von Uff zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonnabend geht in neuer Costumierung Shakespeares gewaltige Tragödie „König Lear“ in Szene. Die Titelfigur spielt Herr Brunow. In Vorbereitung befindet sich Wagners Musikdrama „Siegfried“. Den Siegfried wird Herr Pennarini vom Hamburger Stadttheater spielen.

Dassow. Der Verkauf unseres Fleckens, der bisher der Familie v. Paeppe gehörte, an das Domonium, ist, wie seinerzeit gemeldet, im Oktober vollzogen. Jetzt hat die Übergabe des Fleckens an Mecklenburg stattgefunden, so daß also Dassow nach mehr als 600jährigem Verbleiben in ritterschaftlichem Besitz nun auch in rechtlicher Beziehung wieder ein mecklenburgischer Ort geworden ist. Der Landesherzog hatte seinerzeit den Flecken, oder, wie es damals hieß, das Städtchen Dassow für ganze 610 Mk. läßlich Münze an die Gebrüder Parkentin verkauft. Die v. Paeppe'sche Familie erhielt für das Aufgeben ihrer Besitzrechte einen hübschen Forst und außerdem noch eine Geldsumme. In Dassow glaubt man, daß nunmehr eine Zeit des Aufschwunges für den Ort kommen wird. Die Erwartung des Aufschwunges unter der mecklenburgischen Regierung zeugt von bewundernswertem Optimismus.

Hiel. Im Hafen extrant gestern der 23jährige Geizer Kläßen.

Ishoe. Die Aussperrung der Holzarbeiter haben die Unternehmer zurückgezogen. Der Arbeitgeberverband hatte in Gemeinschaft mit der Tischlerinnung die Kündigung sämtlicher Tischler- und Maschinisten zum 1. Januar ausgesprochen, weil die Arbeiter einen ihnen vorgelegten Vertrag nicht anerkennen wollten. Die von den Arbeitern geforderten Änderungen des Vertrages und ihre Wünsche in bezug auf Lohnhöhung und Erhöhung der Montagegelder wurden rund abgelehnt. Die Aussperrung und ein langer, schwerer Kampf schien unvermeidlich, als am 28. Dezember erneute Verhandlungen in die Wege geleitet wurden, die der Arbeitgeberverband zu hinterziehen suchte. Die Verhandlungen endeten mit dem Abschluß eines Vertrages, der den Arbeitern 4 Pfg. Lohnhöhung (Mindestlohn 47 Pfg. pro Std.), Erhöhung der Montagegelder, Regelung des Aufschlages für überstunden usw. bringt. Den kleinen Scharmachern in Ishoe paßte es garnicht, daß durch das Eingreifen des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes der Friede im letzten Augenblicke noch erhalten werden konnte.

Nendeburg. Großfeuer. Das umfangreiche Gewebe des Hufners Claus Pöge in Alt-Duvenstedt brannte gestern früh total nieder. Sämtliches Vieh, sowie ein Teil des Mobiliars wurde gerettet. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Bremen. Mit aufgepflanztem Bajonett. Am 6. April v. J. berichtete die „Br. Bürgerzeitung“ unter dieser Spitzmarke über die Festnahme eines Soldaten der Garnison Neumünster. Der Verhaftete war wegen der Vererbung seiner verstorbenen Schwester bis zum 31. März nach Bremen beurlaubt; hier hatte er erfahren, daß die Beurlaubung erst am 2. April erfolgen sollte. Ein aus diesem Grunde beantragter Nachurlaub wurde wegen der am 1. April stattfindenden Kompagniebesichtigung vom Hauptmann Sommer, dem Chef der Kompagnie, telegraphisch abgelehnt. Trotz dieser ablehnenden Antwort hatte der Verhaftete an dem Begräbnis teilgenommen und dadurch den Urlaub überschritten. Vom Bataillonskommandeur in Neumünster, Major Schramm, war deshalb seine Verhaftung angeordnet, die dann am 2. April erfolgte, als der Urlaub mit seinem Bruder vom Friedhof zurückkehrte. An die tatsächlichen Mitteilungen des Artikels waren kritische Bemerkungen geknüpft, die besagten, daß der Soldat zu parieren habe, selbst wenn der Vorgesetzte ein halbverrückter oder jeder menschlichen Regung fremder Mensch sei. Nach dieser allgemein gehaltenen Bemerkung wurde in bezug auf die Vorgesetzten des Eskortierten gesagt, daß sie sich das zweifelhafte Vergnügen machen könnten, einen Menschen nach Herzenslust zu schurkeln, dem die Liebe zur verstorbenen Schwester mehr war als die in Aussicht stehenden Arrest- und Drillstrafen. Der Name eines Offiziers war zwar nicht genannt worden, aber der Hauptmann Sommer sowohl als auch der Major Schramm fühlten sich durch den Artikel beleidigt. Genosse Donath mußte deshalb am 30. Oktober als verantwortlicher Redakteur vor dem Bremer Schöffengericht erscheinen, von dem er zu einer Geldstrafe von 50 Mk. eventuell zehn Tagen Haft verurteilt wurde. Der Staatsanwaltschaft war diese Strafe zu milde, sie legte gegen das Urteil Berufung ein; daraufhin machte auch der Angeklagte von diesem Rechtsmittel Gebrauch. So kam es, daß sich Gen. Donath am Montag wegen des gleichen Artikels vor der Strafkammer I des Landgerichts zu verantworten hatte. Wie der Staatsanwalt kam auch das Gericht zu der Auffassung, daß sich die Schlußsätze des Artikels gegen die beiden Offiziere richteten. Das Gericht konnte sich auch nicht in der Würdigung des ganzen Falles dem Urteil der ersten Instanz anschließen. Es sprach nichts dafür, daß die Vorgesetzten aus Schamane gehandelt hätten, L habe sich die Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben. Er tat nicht, was ein Soldat tun müsse, er müsse gehorchen. Danach war nach Ansicht des Gerichts gar kein Tadel wegen der Maßnahmen des Vorgesetzten begründet. Die Strafkammer hat auch nicht für erwiesen erachtet, daß der Hauptmann die von L angeführte Äußerung gemacht hat. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 300 Mk. eventuell 30 Tage Haft. Gegen dieses unverständliche Urteil wird, wie die „Bürgerzeitung“ mitteilt, vom Angeklagten Revision eingelegt werden.

Schiffsnachrichten.
In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, den 4. Januar:
D. Baltic, Kap. Sundquist, von Hangö, 60 St.
D. Malmo, Kap. Jollin, von Kopenhagen, 12 St.
D. Thor II, Kap. Jørgensen, von Nalstov, 8 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Dienstag, den 4. Januar:
D. Westkusten, Kap. Larsson, nach Kopenhagen.
Mittwoch, den 5. Januar:
D. Gypres, Kap. Davidsen, nach Helsingborg.
D. Sve Jedde, Kap. Jans, nach Windau.
Schiffsbewegungen.
D. Döffe ist gestern vormittag von Furillen nach hier abgegangen.
D. Megir ist gestern früh in Helsingfors angekommen.

Wie erlahmen
darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist
die Arbeiterpresse.
Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.
Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löw, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: H. Schwarz, Druck: Friedrich Meyer, sämtlich in Lübeck.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden beim Ableben unserer lieben Entschlafenen unsern herzlichsten Dank. Besonders Herrn Pastor Köster für die trefflichen Worte.
Familie Schellhas.

Ein Brautpaar sucht z. 1. April oder 1. Mai Zweifamilienwohnung im Preise von 180-200 Mk., Nähe Schwartauer Allee. Off. u. **W 564**

Leute ohne Kinder suchen jedl. Zweifamilienwohnung. Off. u. **S 5** an die Exped. d. Bl.

Eine Frau sucht Beschäftigung in Wäscheausbessern. Off. u. **R W** a. d. Exp. **3000 Mk.** zum 1. April zu belegen. Aug. u. **P 12** an die Exp. d. Bl.

Stickerstuhl z. Kauf. ges. Gastwirtschaft „Zur Erholung“, Stockelsdorf.

Frdl. helle Wohnbude im Gang bei 200 Mk. Mz. (Kauf. kommt mit Abg. auf ca. 100 Mk. p. Jahr z. wohn.) v. Hof. od. spät zu verk. Näh. in der Exped.

Ein guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen Rosenstraße 25/10.

Bengelaffen ein schwarz-weißer Spitzhund. Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten bei A. Grabbe, Kienefeld.

Hasenfelle
Fania, Marder, Fuchs und Zitis, sowie Pferdehaare faust zu den höchsten Preisen.
D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Rohrstühle werd. billig Korbwar. eingeflocht. gut repariert. Wollkarte genügt. **K. Nielsch jun.,** Korbmacher, Engelswich 28/16 u. Untertrade 25/16.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohl. Markt 4 **10** sind vorrätig bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20-6.45
Wanterhosen	2.60-6.75
Schlosserhosen	1.88-5.25
Abziehhosen	1.08-2.35
Zwischenhosen	1.68-3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Regen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel ebenfalls billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Subecam.**

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

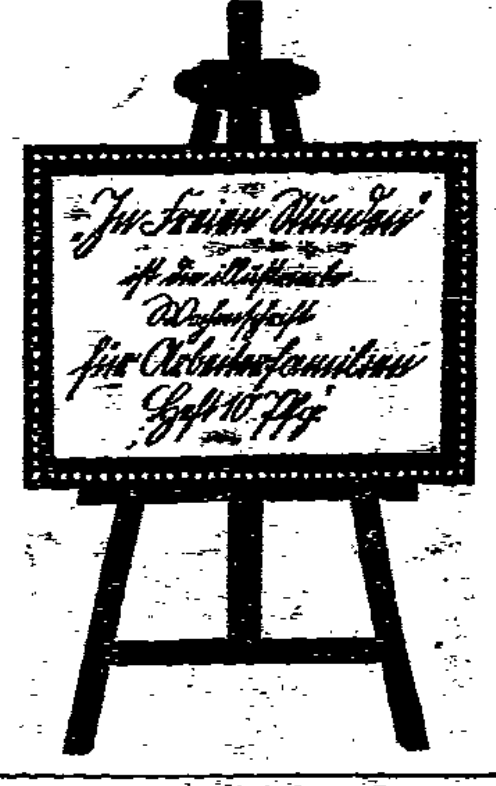
Herstellung sämtlicher
Buchdruckerarbeiten
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.
Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Eine Kinderbettstelle und ein Kinderwagen zu verkaufen. A. Beckmann, Stockelsdorf.



Preußische Lose

Ziehung 1. Klasse 11. und 12. Januar 1910.

1/10	1/8	1/4	1/2	1/1
Mk. 4.-	5.-	10.-	20.-	40.-

sind bei mir zu haben.

Lübeck, Johannisstr. 10.
Telephon 58.

Falck
Königl. Lotterie-Einnehmer.

Achtung! Staatsarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 7. Januar,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 09.
 2. Jahresbericht.
 3. Wahl nach § 29 des Statuts.
 4. Berichterstattung über die Vereinstätigkeit.
 5. Verschiedenes.
- Der Vorstand.

Spar-Klub „So bi lütten“.
Heute Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Generalversammlung.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Gießstraße 94.

Der Ausstoß

unseres
Bockbieres
beginnt am
Freitag, 7. Januar 1910.

Adler-Brauerei.
Aktienbierbrauerei Lübeck.
Hansa-Brauerei Aktiengesellsch.
H. Lück, Walkmühle.

Hansa-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis“
„Donnerwetter tadello“
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund. Musik von Paul Lincke.

1. Bild: Geburtstag der Venus.
2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin.
3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof.
4. Bild: Eine Reform-Kaserne.
5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen.
6. Bild: Auf der „Ila“ in Frankfurt a. M.
7. Bild: Der Luftschiffer-Korso.
8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).

3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Stadthallen-Theater.

Sonntag, 9. Januar. 7 1/2 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Luftspiel von Oscar Wilde.
Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Rohlfmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Freitag, 7. Jan. 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 8. Januar. 7 1/2 Uhr.
Die kleine Prinzessin.
Operette von Bela von Ull.
König Lear.
Tragödie von Shakespeare.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
Freitag, 7. Januar,
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Sperre über die Fortschritte Bauten in Lübeck.
 3. Wahl eines Schriftführers.
 4. Sonstige Angelegenheiten.
- NB. Des Vortragsabends halber beginnt die Versammlung präzis 8 Uhr.
Der Vorstand.

Vortragskurse für Arbeiter.

Freitag, den 7. Januar 1910,
abends 8 1/2 Uhr:
Zweiter Rühle-Abend
im Vereinshaus.
Eintrittspreis für sämtliche Vorträge 50 Pfg., für einen Vortrag 10 Pfg.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Der Neue Welt Kalender

für 1910

ist nur noch in wenigen Exemplaren vorrätig.

Preis 40 Pf.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46

Seelenfänger und Bombenwerfer.

Das Zentralorgan der sozial-revolutionären Partei, „Snamja Truda“, veröffentlichte vor einigen Tagen einen ausführlichen Bericht, in dem es feststellte, daß der bei der Petersburger Bombenaffäre verhaftete Woskressenski identisch sei mit dem Mitglied der sozial-revolutionären Partei, Alexander Aleksejewitsch Petrow, der zu „revolutionären“ Zwecken der Petersburger Sicherheitspolizei als Agent beitrug und darauf mit Genehmigung des Zentralkomitees einen Racheakt gegen Oberst Karpow ausübte. Ledber enthält dieser Bericht neben verschiedenen Unklarheiten, die noch der Erläuterung bedürfen, nur die Schilderung des Vorlebens Petrows und der Motive, die ihn zu seinem mehr als zweideutigen Schritte veranlaßten, und die Lehren, die er selbst daraus zog. Die Einzelheiten seines Vorhabens, das mit der Explosion in der Astrachanstraße seinen Abschluß fand, werden in dem Bericht nicht berührt, desgleichen nicht die Beziehungen Petrows zu Oberst Karpow und die Absichten des letzteren, als er mit seinem Diener auf eilrige Lage nach dem Quartier in der Astrachanstraße zog.

Bei der Besprechung der Ereignisse in der Astrachanstraße haben wir auf Grund der Angaben der konservativen Presse ein Bild des Treibens der Geheimpolizei entworfen, das unabhängig von der Person und den Motiven des Täters, jeden Zweifel an die provokatorischen Absichten des Chefs der Petersburger Geheimpolizei beheben. Auch während der Debatten in der Duma lag dieser Gedanke den Ausführungen der oppositionellen Redner zugrunde. Der Bericht der sozial-revolutionären Partei, der scheinbar die offiziöse Darstellung von der „Falle“, in die Karpow bei der „Ausübung seiner Pflicht“ gelockt worden sei, bestärkt, ändert an diesem Sachverhalt nicht das geringste. Im Gegenteil. Die Einzelheiten über die Verhandlungen zwischen Petrow und der Geheimpolizei und die „Erziehungsmethoden“ General Gerassimows gegenüber Petrow sind nur noch geeignet, den Eindruck der Ereignisse in der Astrachanstraße noch mehr zu verstärken.

Petrow, der seit 1902 in der sozial-revolutionären Partei tätig war, hatte nach der Asew-Affäre den unglücklichen Entschluß gefaßt, die zweischneidige Waffe der Provokation, die immer nur die Partei getroffen, gegen die andere Seite, gegen die Geheimpolizei zu richten. Da er zur Zeit im Gefängnis zu Saratow saß, machte er dem Chef der Gendarmereverwaltung, Oberst Semiganowski, und dem Chef der Schutzabteilung, Rittmeister Martynow, den Antrag, in die Geheimpolizei einzutreten, wenn die mit ihm zugleich verhafteten Mitglieder der sozial-revolutionären Partei, Minor, Barhold u. a. aus dem Gefängnis befreit werden würden. Semiganowski und Martynow triumphierten und verbargen vor ihrem künftigen „Kollegen“ ihren Triumph nicht. Rittmeister Martynow erklärte in einem Anfall von Offenheit, daß man ohne einen „guten Provokateur“ keine Karrieren machen könne und daß nur dort, wo „solide Mitarbeiter“ vorhanden seien, die Gendarmen emporkommen könnten. Mit einem Wort — ein „solcher Mitarbeiter“ bedeute alles, Erfolg, Anwesenheit, Belohnungen, unkontrollierbare Geheimfonds, uneingeschränkte Macht. Oberst Semiganowski eckte freudestrahlend zum Gouverneur Talschetschew, und nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Chef der Petersburger Sicherheitspolizei, General Gerassimow,

für Petrow, diesen künstlichen Asew, günstig zu stimmen. Die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge, vor allem weil Gerassimow mit der Befreiung Minors nicht einverstanden war. Er gab nur unter der Bedingung seine Einwilligung dazu, daß Minor unter verdächtigen Umständen befreit werden solle und daß gleichzeitig ein entsprechendes „Gericht“ verbreitet würde. Petrow lehnte diese Bedingung ab, alle, außer Minor, wurden befreit, Petrow trat mit einem Gehalt von 1000 Rubel monatlich der Geheimpolizei bei und erhielt den Auftrag, systematisch, langsam, näher sich der Kampforganisation zu nähern, um schließlich an Asews Stelle, an die Spitze der Kampforganisation zu treten.

Im Sommer 1909 kam Petrow nach dem Ausland und enthielt den Vertretern der Partei und Bürger seinen Plan. Er fühlte sich vollkommen gebrochen und bedrückt, hatte jede Hoffnung auf einen Erfolg aufgegeben und wollte nur das eine — Rache nehmen an den schuldhaften Leitern der Geheimpolizei, aus deren Unklammerung er sich nicht mehr zu retten wußte. Das Zentralkomitee der sozial-revolutionären Partei gab seine Einwilligung zu diesem Racheakt und versprach, ihn mit Dynamit, Bombenhüllen usw. zu versorgen. Am 21. Dezember wurde die zweischneidige Waffe der Provokation gegen Oberst Karpow gerichtet, und dadurch vor aller Welt ein neuer krasser Beweis der Provokationspolitik der Regierung erbracht.

Aber noch in einer anderen Beziehung sind die jüngsten Ereignisse von der größten Bedeutung. Die terroristische Taktik, die schon nach der Asew-Affäre heillos kompromittiert war, hat jetzt ihre völlige Entartung offenbart. Nach dem trefflichen Ausdruck des Genossen Trocki ist jetzt, nach den Klaffen des Terrorismus, den Narodowolzi der 70er und 80er Jahre, und ihren Epigonen, den Sozialisten-Revolutionären, die Zeit der terroristischen Dekadente gekommen, die auf eigene Faust Attentate planen, die Traditionen der Partei mit Füßen treten, um schließlich den Seelenfängern in der Geheimpolizei zum Opfer zu fallen. Die Worte, die Petrow seinen Kameraden zurief: „Glaube nicht an die Möglichkeit, der Partei nützlich sein zu können, wenn ihr mit der Polizei in Verbindung tretet.“ bedeuten nicht bloß eine Verurteilung der von ihm geübten Taktik. Aus ihnen klingt neben der bitteren Enttäuschung des Revolutionärs die Verzichtleistung auf die terroristische Taktik, die, meist von der Polizei gepflegt und nur für sie vorteilhaft, ihre Daseinsberechtigung völlig verloren hat.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Es hat lange gedauert, bis der Arbeitgeber-Schutzverband offene Farbe bekamte, worauf er hinsteuert. Der Vorstand dieser Organisation hat bisher immer seine Friedfertigkeit beteuert, und das in einer Weise, die harmlose Gemüter zu der Überzeugung bringen mußte, daß es ihm mit dieser Betätigung ernst sei. Die Vernehmbarung zwischen den Verbandsvorständen, den früheren Minister v. Berlepsch für ein eventuelles Schiedsgericht als Vorsitzenden zu gewinnen, wurde auf Vorschlag des Schutzverbandsvorstandes getroffen. Daß, nachdem Herr v. Berlepsch sich zur Übernahme des Schiedsrichteramtes auf Ansuchen der Verbandsvorstände bereit erklärt hat, die Ablehnung eines Schiedsgerichts durch den Schutzverband erfolgt, klärt die Situation kläglich auf. Der Schutzverband hat nämlich sein Ziel —

die Kündigung aller Verträge — jetzt erreicht und seine Mitglieder aus einer ganzen Anzahl Städte gegen ihren Willen in die Bewegung hineingezogen. Bis zur Kündigung wurde ihnen immer wieder erzählt: „es kommt nicht zum Kampf.“ Ja, die Herren gingen so weit, den Mitgliedern zu erzählen, mit den Arbeiterorganisationen sei vereinbart worden, die Verträge gemeinschaftlich von beiden Seiten zu kündigen. Die Meister sind auf diesen Schwindel hineingefallen und können jetzt nicht mehr zurück — Es ist ihnen verschwiegen worden, daß die Vertreter des Holzarbeiterverbandes den Unternehmervertretern erklärt haben, daß, falls die Verträge gekündigt werden, neue Verträge nur dann abgeschlossen würden, wenn nennenswerte Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Verträge von den Unternehmern zugestanden werden. Jetzt, wo die Unternehmer der einzelnen Orte nicht mehr zurück können, beginnt man scharf zu machen und vergrößert alle die Dinge, die sich bei den letzten Bewegungen abgespielt haben. Der Schutzverband setzt alles auf eine Karte — er spielt um einen hohen Einsatz! — um die Ehre seiner Organisation und das noch vorhandene Vertrauen zu seinen verantwortlichen Führern.

Zwischen den Verbandsvorständen war vereinbart, daß in allen Städten sofort nach dem Kündigungstermin die Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Die beiderseitigen Vorstände verpflichteten sich, die Ortsparteien anzuhalten, eine Einigung am Orte unter allen Umständen zu versuchen. Aus diesem Grunde wurde vereinbart, nicht darüber verhandeln zu lassen, falls in einigen Fällen eine Einigung unmöglich, ein Schiedsgericht endgültig entscheiden sollte. Diese Vereinbarung wurde getroffen, damit die Ortsparteien um so eifriger tätig waren, um zu einer Einigung zu kommen und damit sie sich nicht von vornherein auf das Schiedsgericht verließen. Was tat nun der Schutzverband? Er gab Anweisung nach den einzelnen Orten, die Arbeitgeber sollten die Forderungen der Arbeiter einfordern und diese dann sofort nach Berlin einschicken, aber den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen, sondern die weiteren Anweisungen des Vorstandes des Schutzverbandes abwarten. Entgegen der getroffenen Vereinbarung wurde dann bekannt gegeben, daß Herr von Berlepsch sich zur Übernahme des Schiedsrichterspostens bereit erklärt habe. Diesen Anweisungen gemäß sind denn auch die Arbeitgeber der einzelnen Städte vorgegangen. Fast überall sind die Arbeitervertreter brüskiert worden. In diesem Sinne wird auch gegenwärtig noch fortgeföhrt. Die „Kaiser-Keller-Resolution“ wird auf Anweisung des Schutzverbandes mit entsprechenden Begleitschreiben den Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes zugestellt. Wie die Begleitschreiben aussehen, dafür eine Probe aus Duedlinburg. Der dortige Vorsitzende des Schutzverbandes schreibt:

„Nachdem die in Berlin getagte Vertreterversammlung beigesetzte Resolution einstimmig beschlossen hat, ersuchen wir Sie nunmehr, uns mit Ihren herabgesetzten Forderungen näher zu treten.“

Dem wird noch erläutert hinzugefügt, daß der Vertrag bis zum 10. Januar fertig sein muß, da man ohne Vertrag nach dem 12. Februar nicht weiter arbeiten lassen will! — In der „Kaiser-Keller-Resolution“ war beschlossen, daß die Zentralvorstände der Arbeiterorganisationen nochmals zu Verhandlungen eingeladen werden sollten. Diese Verhandlungen haben bereits am 3. Januar stattgefunden. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet darüber in ihrer neuesten Nummer:

„Der Arbeitgeber-Schutzverband hat die Sitzung der Zentralvorstände schon auf den 3. Januar einberufen. Die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen, die der Einladung Folge leisteten, waren einigermassen gespannt, was der Schutzverband mit dieser Sitzung bezweckte, nachdem er durch die entschiedene Ablehnung des Schiedsgerichtes und durch die übrigen von ihm beschlossenen Maßnahmen so deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, daß er auf den offenen Konflikt lossteuert. Tatsächlich war es auch ein recht nativer Vorschlag, der den Arbeitervertretern unter-

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walker.

187. Fortsetzung.

Als Herr Findeisen, der Vater, die Straße betrat, bekam sein Grob fast bei jedem Schritt neue Nahrung. Vor allem empfand er ihn, die zahlreichen Arbeitertrupps zu sehen, die langsam und schmerzhaft, hier und da auch in ernsterem Gespräch begriffen, zusammenstiegen.

„Da stehen sie und faulenzten, die Dummler,“ murmelte er, stehlen dem Herrgott die Lage ab, statt zu arbeiten. Rebellion zu machen und auf allerwärts Unkosten zu leben, ist freilich angenehmer. Na, wartet nur, wenn Ihr nur erst einmal Ernst feht.“

Er trat damit an eine Straßenecke, um zu seiner Beruhigung nochmals die Aufforderung an alle „gutgefeimten“ Arbeiter zu lesen. Aber wer malt seine Enttäuschung, als er an Stelle derselben eine Typographische dieser Aufforderung tadelnd nachgesehen hatte. Aufforderung an die Arbeiter las, nach welcher ihnen wiederholt wurde, daß das sogenannte liberale Ministerium allen und jeden Wünschen der Arbeiter entgegengetreten sei und seinen volkfeindlichen Maßregeln neuerdings die Krone aufgesetzt habe durch jene empörenden Arbeitertransportierungen, von denen sie alle Zeuge gewesen. Im Hinblick auf solche Untaten bleibt dem Arbeiter keine Wahl, als entweder feig als Sklave alles weitere ruhig zu dulden, oder als Mann entschieden dagegen zu kämpfen. Dies es weiter, und dann folgte die Aufforderung, sich in Kompagnien zu vereinigen, Anführer zu wählen und, nachdem sie sich der etwa anzufindenden Waffen bemächtigt, des weiteren gewärtig zu sein. Unterzeichnet war der Aufruf statt mit den Worten: „Das Gesamtministerium“ mit den entsprechenden „Das Revolutionskomitee“ und statt der Namen des Gesamtministeriums las man die von Dr. Lange, von Frank, Reinisch aus Bleichungen, Heinte und Wiekner.

Findeisen sah auch, wie bedruckte Papiere in Form von Programmen verteilt wurden, und wollte sich ein solches verschaffen, als ihn eine jugendliche Stimme anredete:

„Guten Morgen, Herr Findeisen.“
Der Fabrikant blickte auf und sah in das blühende Gesicht des jüngeren Dabicht, seines ehemaligen Arbeiters.
„So? Herr Dabicht,“ bemerkte er, „sind Sie auf den Beinen, auf den Straßen, wollte ich sagen, statt bei ehrlicher Arbeit? Müßiggang ist aller Laster Anfang, merken Sie sich das, junger Mann.“

„Et, ich stehe nicht müßig, Herr Findeisen, ich bin in Arbeit,“ entgegnete dieser.

„So? Und bei wem denn, wenn ich fragen darf?“

„Beim Revolutionskomitee!“

„Beim Revolutionskomitee? Schöne Arbeit das. Es ist wohl eine gut bezahlte Arbeit?“

„Man muß zufrieden sein, zumal in jetziger Zeit, wo die Fabrikanten die Löhne herabziehen, wie Sie ja selber am besten wissen, Herr Findeisen.“

„Aber meine Arbeit ging wenigstens den Leuten nicht an den Krage.“

„Deshalb mehr kaurte der Wagen,“ erwiderte Dabicht, „und übrigens hingen die Nürnberger niemanden, sie hatten ihn denn.“

„Und was ist denn Ihre Arbeit bei diesem Komitee, wenn ich fragen darf?“

„Sie dürfen fragen, denn es geht Sie auch an. Ich habe nämlich von meinem Bruder, welcher Polizeidirektor geworden, den Auftrag, alle Leute, welche sich mit weißen Binden sehen lassen, anzuhalten und ihnen die Waffen abzunehmen. Sie haben da eine recht schöne Doppelflinte, und um diese möchte ich Sie jetzt gebeten haben.“

„Meine Doppelflinte, diese sieht Ihnen also in die Augen? Das glaube ich gern, aber ich werde sie mit Ihrer Erlaubnis noch ein Weilchen behalten.“

„Diese Erlaubnis kann ich Ihnen unmöglich gewähren.“

„Nun dann, ohne Ihre Erlaubnis, Adieu!“

„Es tut mir leid, Herr Findeisen, aber Sie sind selbst schuld,“ entgegnete der junge Mann, umschlang plötzlich mit nervigen Schloßerarmen den Fabrikanten, entriß ihm das Gewehr und rief dann mit drohendem Blick: „Gehen Sie, Herr Findeisen!“

Erstaunt, erstarrt blieb der Fabrikant stehen. Da bog um die Straßenecke eine Militärpatrouille, die er mit dem Rufe: „Zur Hilfe, zur Hilfe!“ herbeirief. Die Patrouille eilte herbei, als aber Findeisen sich umdrehte, waren die Arbeiter verschwunden. Das Plakat wurde nunmehr mit dem Bajonett herabgestoßert, und dann nahmen die Soldaten den „gutgefeimten“ jetzt leiber entwaffneten Bürger mit nach der Hauptwache. Dort war bereits eine ziemlich Anzahl von Großbürgern, mit weißen Binden versehen, angekommen; Mancher aber, der sonst in den Beratungen nicht gefehlt, ließ sich vermissen. Nachdem sich der Fabrikant in die Liste hatte einzeichnen lassen und seine Nummer in Empfang genommen, begrüßte ihn Howald mit lebhafter Freundlichkeit und fragte ihn, ob er in seine Kompagnie eintreten wolle.

Howald hatte ein ziemlich kriegerisches Aussehen angenommen. Eine silberdurchwirkte Binde um die Taille kennzeichnete ihn als ernannten oder erwählten Kompagnieführer. Ein langer Schlepplabel und zwei Revolverpistolen im Gürtel bildeten seine Bewaffnung. Findeisen erklärte sich bereit und erfuhr nun, daß man nur noch die Publizierung des Belagerungszustandes erwarte, um energisch mit Säuberung der Stadt vorzugehen. Die sämtlichen Truppen waren in den Kasernen konfiguriert, soweit sie nicht zum Wacht- oder Patrouillendienst kommandiert waren, der ihre Kraft in nicht geringem Maße aufstrenge. Auch die Kavallerie war in Tätigkeit, da sie nach allen Seiten auf die Landstraße entsendet worden, um Arbeiterzüge fernzubalten, Eisenbahn- und Telegraphenbedrohungen zu verhindern oder wieder gutmachen zu lassen.

Der Krieg hatte bereits begonnen, ohne daß es zu mehr als kleinen Gräßen kam, denn die Arbeiter wählten den Patrouillen aus, gingen auch zum großen Teil nach wie vor an die gewöhnlichen Wochenarbeiten. Besonders Tätigkeit herrschte an den Straßenecken und Plakatfäden, an denen bald Militär und Polizei die Bekanntmachungen des Revolutionskomitees entfernten und solche der Regierung von neuem herstellten, während hinter ihrem Rücken als bald plötzlich auftauchende Arbeiter in entgegengesetzter Weise verfahren.

Gegen Mittag wurden von seiten der Regierung neue Plakate ausgegeben, in welchen je tausend Zähler für die Einlieferung der Mitglieder des Revolutionskomitees sowie des Buchdruckers Barth und des Advokaten Streitz ausgesetzt waren. Viele Schütten darüber die Köpfe, aber diese Bekanntmachung verfiel alsbald der Lächerlichkeit, da man kurze Zeit darauf Plakate des Revolutionskomitees daneben hängte, durch welche je zehn Zähler auf die Einlieferung der Minister gesetzt wurden, und hier und da mit Mühe mit irgend einem Witzling die Bemerkung hinzugefügt: „Fütterungskosten werden nicht vergütet,“ oder „Noch viel zu viel.“

Unbeachtet von allen, entfaltete indessen im abgelegenen Hause, in dem er einmala den Türken gespielt, eine tolle Tätigkeit der Philosph Meink. Seine Weltwache hatte sich bis auf fünfzig Mann verstärkt, unter denen dreißig bereits als Kompagnieführer erwählt waren. Da es unmöglich erschien, in der Kürze der Zeit größer Scharen zu organisieren, so hatte man die Stärke der Kompagnie auf 60-80 Mann festgesetzt, weil die sich eher an Vereinen, größeren Werkstätten und dergleichen zusammenfanden. Sobald man sechs solcher Scharen gebildet, ließ man ihre Kommandanten zusammenkommen und das weitere

breitet wurde. Ihnen wurde zugemutet, auf ihre Mitglie-

der Sozialdemokratie zu den einzelnen Punkten einer wirk-

Einleitend kennzeichnet der Redner die in der heutigen

Gesellschaft bestehenden Klassen und die Mittel, durch die die

herrschenden Klassen ihre Macht sichern und erhalten. Vor

allem sei es die Militärgewalt, die am wirksamsten die In-

teressen der Herrschenden vertritt, da sie nicht nur als ein

Machtmittel wirke, sondern gleichzeitig ein Verbundungs-

mittel sei. Neben dieser bestehe noch als Hauptmittel die

Justiz und Polizeigewalt und als Nebenmittel Schule und

Kirche. Als Hilfskraft ist die Bureaucratie, sind die

Organe der Verwaltung zu betrachten. Diese Kräfte sehen

sich aus verschiedenen Kategorien zusammen, die wieder durch

besondere Mittel in Schach gehalten werden, z. B. Disziplin-

ierung, Verletzung, gesellschaftliche Achtung usw. Durch

Terrorismus und Beeinflussung der Beamten wird noch ein

der Sozialdemokratie zu den einzelnen Punkten einer wirk-

Einleitend kennzeichnet der Redner die in der heutigen

Gesellschaft bestehenden Klassen und die Mittel, durch die die

herrschenden Klassen ihre Macht sichern und erhalten. Vor

allem sei es die Militärgewalt, die am wirksamsten die In-

teressen der Herrschenden vertritt, da sie nicht nur als ein

Machtmittel wirke, sondern gleichzeitig ein Verbundungs-

mittel sei. Neben dieser bestehe noch als Hauptmittel die

Justiz und Polizeigewalt und als Nebenmittel Schule und

Kirche. Als Hilfskraft ist die Bureaucratie, sind die

pupte sich das „Zugeständnis“ der Herren als eine Ver-

schlechterung des früheren Tarifverhältnisses, weshalb die

Gesellen am 3. Januar einmütig die Arbeit niedergelegten.

Die Situation liegt günstig, Arbeitswillige sind nicht vor-

handen. Zugug von Lötfern nach Hirschberg ist fernzu-

halten. Die Lohnbewegung der Dresdner Lötfer und

Hilfsarbeiter ist immer noch nicht erledigt. Die Unternehmer

machen vor allem in der Lohn- und Tarifrfrage für die Hilfs-

arbeiter Schwierigkeiten. Die Verhandlungen werden noch

weiter geführt. Eine Lohnbewegung der Lötfer in

Der 3. preussische Parteitag.

(3. Tag.) Die Verhandlungen begannen mit einem umfassenden

Referat des Genossen Karl Liebknecht über die Reform

in der preussischen Verwaltung. Die Grundlagen des Vor-

trages sind niedergelegt in Leitfäden, die die Forderungen

behalts Vereinigung zu einem Bataillon verabreden. Die

Bildung jedes Bataillons wurde dann sofort an den Haupt-

ort der Besatzung und von diesem an den Oberkommandanten

Requiert gemeldet. Sobald die Formierung vor sich gegan-

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Lötfergewerbe. In Hirsch-

berg i. Sch. ist am 3. Januar ein allgemeiner Lötferstreik

ausgebrochen. Die Gehilfen hatten den alten Lohnarif

gekündigt, und den Unternehmern eine erhöhte Tarifvorlage

unterbreitet, deren Anerkennung jedoch von den Unternehmern

abgelehnt wurde. Diese machten vielmehr eine Gegenvor-

lage und erklärten, daß die darin enthaltenen Zugeständnisse

das Äußerste seien und eine etwaige nochmalige Verhandlung

von vornherein abgelehnt werde. Bei näherem Zusehen ent-

Der Stickerstreik in Plauen und die Hirsch-Dunder-

tschen. In Falkenstein hat der Stickerstreik eine weitere

Ausdehnung erfahren, sodas gegenwärtig 700 Sticker und

Arbeiterinnen im Kampf stehen. Zu neuen Bedingungen

arbeiten im ganzen Bezirk 1800 Maschinen. Bei einer Ver-

handlung mit einem Unternehmer behauptete dieser, daß er

sofort genügend Arbeitswillige erhalten könnte, wenn er sich

an den Generalsekretär des Hirsch-Dundertschen Gewerkschafts

Die Hirsch-Dundertschen Gewerkschaften.

Die Hirsch-Dundertschen Gewerkschaften haben in der

letzten Woche bereits freiwillig ihre Beiträge teilweise

erhöht, um die Hauptkasse zu stärken, emp-

fiehlt der Vorstand zur Nachzahlung in der Weise, daß den

leistungsfähigen Zahlstellen nahegelegt wird, mit dem

Die staatsgefährliche Jugend von Breslau.

Am Sonntag fand in Breslau eine vom Jugendauschuß einbe-

rufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse

Müller über Wesen und Ziele der Arbeiter-Jugend-

bewegung sprach. Trotzdem die Versammlung keine politi-

sche Veranstaltung war, und als solche auch nicht bekannt

Die Hirsch-Dundertschen Gewerkschaften.

Die Hirsch-Dundertschen Gewerkschaften haben in der

letzten Woche bereits freiwillig ihre Beiträge teilweise

erhöht, um die Hauptkasse zu stärken, emp-

fiehlt der Vorstand zur Nachzahlung in der Weise, daß den

leistungsfähigen Zahlstellen nahegelegt wird, mit dem

men. Damit sind aber die Arbeiter nicht einverstanden. Die Granitarbeiter allerorts werden daher gebeten, Arbeitsangebote aus dem Obenwalde abzulehnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine schwere, aber gerechte Strafe. Die Hanauer Strafkammer verurteilte den Metzgermeister Seelig aus Schlüchtern, der wissentlich verdorbene Fleisch in Verkehr bringen wollte, zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Aus der besten aller Welten. Um sich Schwären zu kaufen, entfernte der frühere Postauswärtler Lehmann in Berlin von eingesammelten Briefen Postwertzeichen im Gesamtbetrag von 25 Mfg. Er wurde angezeigt und von der Berliner Strafkammer wegen Amtsunterschlagung zu der niedrigsten zulässigen, in diesem Falle aber sehr hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Erziehung zur Sparsamkeit.

Es versteht sich, daß, wenn zur Sparsamkeit erzogen werden soll, sich diese Tätigkeit nicht auf die Unternehmer erstreckt. Zur Sparsamkeit sollen also die Arbeiter erzogen werden. Es ließe sich gegen diese löbliche Absicht wenig einwenden, wenn man nicht wüßte, von wem sie kommt und zu welchem Zweck sie verfolgt wird. Wir leben nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren Schwankungen im wirtschaftlichen Leben, mit ihrer Unsicherheit in der Existenz und ihren sonstigen „Schönheiten“ und „Bequemlichkeiten“ bei der Herstellung und Verteilung der Produkte. Da jeder Mensch diesen Zufälligkeiten ausgesetzt ist, und die heutige Gesellschaftsordnung darauf zugeschnitten ist, so handelt jeder, na sagen wir einmal kaufmännisch, der sich ein Rücklagevermögen, einen Reserfonds für unvorhergesehene Fälle schafft, wenn er sich, nicht kaufmännisch ausgedrückt, etwas spart. Kein vernünftiger Mensch wird, solange die kapitalistische Gesellschaftsform existiert, die Nichtigkeit dieser Ansicht bestreiten. Voraussetzung aber ist, daß es etwas zu sparen gibt. Unter sparen versteht man doch, von dem überflüssigen etwas zurücklegen. Wenn aber ein überflüssiges nicht vorhanden ist, wenn die Mittel, die man zur Existenz braucht, kaum das Minimum des Notwendigen erreichen, dann kann von sparen keine Rede mehr sein. Es bedeutet das in diesem Falle nicht mehr sparen, sondern einschränken, die Bedürfnislosigkeit auf die Spitze treiben. Soeben macht wieder durch die bürgerliche Presse ein Artikel die Kunde, der von der Erziehung zur Sparsamkeit handelt und in dem es heißt: „Die Erziehung zur Sparsamkeit ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, insofern der allgemeine Volkswohlstand gehoben wird, wünschenswert und mit allen Mitteln zu unterstützen, sondern vor allem auch aus gesellschaftlichen Gründen.“ Sehen wir einen Augenblick davon ab, daß eine privatkapitalistische Ordnung besteht, nehmen wir an, daß die Waren für und durch die Gesellschaft produziert würden, so wäre dieser Satz wahr, weil er sich dann an alle Gesellschaftsglieder wenden würde. Er wird zur Farge in der heutigen Gesellschaftsordnung, weil er sich nur an einen bestimmten Teil der Gesellschaft, den ärmeren, wendet. Ist denn aber beim Arbeiter die Möglichkeit des Sparens vorhanden? Sehen wir zu: Der durchschnittliche Lebensmittelpbedarf einer vierköpfigen Familie betrug in den Städten Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München:

	pro Woche	pro Jahr
1900	20,44 Mf.	1062,88 Mf.
1901	20,56 "	1069,88 "
1902	20,72 "	1077,44 "
1903	21,15 "	1099,80 "
1904	21,29 "	1106,98 "
1905	21,98 "	1142,96 "
1906	23,01 "	1196,52 "

So viel hätte demnach ein Familienvater in den einzelnen Jahren verdienen müssen, um seine Angehörigen mit mittleren Warenqualitäten zu versorgen. Nach den Lohnnachweisungen der Unfallversicherungsanstalt in der Metallindustrie wurden aber folgende Durchschnittslöhne der versicherten Arbeiter, Betriebsbeamten oder selbständigen Gewerbetreibenden erzielt: 1890 774 Mf., 1895 791 Mf., 1900 881 Mf., 1901 919 Mf., 1902 972 Mf., 1903 979 Mf., 1904 1006 Mf., 1905 1032 Mf. In den Jahren 1903 bis 1905 handelt es sich um tatsächlich verdienten, in den anderen Jahren um anrechnungsfähigen Lohn.

Aus dieser Gegenüberstellung geht klipp und klar hervor, daß der Arbeiter noch nicht einmal soviel Lohn bekommt, als er zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse braucht. Erst muß diese Stufe erreicht werden, ehe aus Sparen gedacht werden kann. Wird diese Stufe nicht erreicht und würde der Arbeiter den Versuch machen, zu sparen, so geschähe das dadurch, daß er seine Lebensbedürfnisse noch weiter herabdrückt. Das bedeutete aber die Konsumtionsfähigkeit, den Stoffwechsel in der Warenproduktion einschränken und damit die Gesellschaft lähmen. So wird der oben angeführte Satz zu einem volkswirtschaftlichen Unsinn. Wie die bürgerliche Gesellschaft jeden vernünftigen volkswirtschaftlichen Grundsatz auf den Kopf stellt, um dem Arbeiter das Sparen plausibel zu machen, geht aus Rezepten hervor, die in einem Kochbuch enthalten sind, das man vor Jahresfrist unter dem Mansfelder Bergarbeiter für eine Mark verkaufen ließ. Nach den Rezepten sollte es möglich sein, für fünf oder sechs Personen ein Mittagessen für 45 Mfg. herzustellen. Und angeschlossen dieser Tafel sind die bürgerlichen Blätter der „Erziehung zur Sparsamkeit“ die alberne Bemerkung hinzu: „In Jahren der Not stellt es einen Notgroßen dar und gibt schließlich seinem Besitzer mit der Zeit die Möglichkeit, sich zu einer höheren Lebensstellung emporzuarbeiten.“ Gerade aus diesem Grunde bekämpft die Sozialdemokratie grundsätzlich den „Sparbetrieb“. Als ob es den Arbeiter auf eine höhere Lebensstellung bringen hieße, wenn man ihm rät, seine Bedürfnisse einschränken und damit seine Gesundheit ruinieren. Wenn der Arbeiter sparen will, dann muß er an seiner Arbeitskraft sparen, die er so teuer als möglich an den Mann zu bringen versuchen muß. Dazu verhilft ihm allein die Organisation.

Aus Nah und Fern.

Der Arbeiter-Turnerbund. Dem Jahresrückblick der „Arbeiter-Turnzeitung“ in der Monatsnummer entnehmen wir folgendes: Wir haben über 240 Vereine neu gewonnen, die mit einer Mitgliederzahl von rund 10 000 unseren Heerbann verstärken. Daneben haben die alten Vereine ihren in der Krisenzeit verminderten Mitgliederstand wieder ergänzen können, so daß die Standeshebung am 1. Januar ein völlig befriedigendes Ergebnis dürfte. Haben wir demnach alle Ursache, mit dem äußeren Wachstum unserer Organisation zufrieden zu sein, so trifft dies nicht immer auf den inneren Ausbau zu. Mit der vom Turntag beschlossenen neuen Unfallkasse ist ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Fortan wird es im Bunde

keine ausgesteuerten Mittel mehr geben, wer hilfsbedürftig ist, der findet beim Bunde sichere Hilfe. Der Gedanke der solidarischen Haftung ist hier in muttergöttlicher Weise verwirklicht worden, ohne daß der einzelne nennenswerte Opfer zu bringen hatte. Die Kasse wird allen Ansprüchen genügen können, wenn die Vereine auch in anderer Hinsicht Solidarität üben und die geschäftlichen Einrichtungen ihrer Organisation respektieren. Nicht minder segensreich wird sich der andere wichtige Turntagbeschuß, der die Kosten der Delegation dem Bunde zugewiesen hat, erweisen. Im Interesse des Frauenturnens liege es, wenn der nächste Turntag auch den Turnern eine entsprechende Vertretung zusichert. Eine sehr erfreuliche Ausdehnung hat das Bundesgeschäft zu verzeichnen. Der Absatz in Turnkleidung ist enorm, in Anbetracht der kurzen Zeit, seit der dieser Artikel in Aufnahme gelangt ist. Zur Bewältigung dieser Arbeit mußte das Personal um einen Hilfsbeamten und eine Lagerhalterin vermehrt und die Geschäftsräume vergrößert werden. Wir hoffen, im kommenden Jahr unsern Absatz verdoppeln zu können, denn mit wenigen Ausnahmen sind die Vereine sowohl mit Güte wie Preis der Waren zufrieden. Die auf dem Turntag nicht zur Erledigung gekommene österreichische Frage hat durch die Initiative der österreichischen Turngenossen zum Abschluß gebracht werden können. Österreich hat jetzt eine eigene Organisation, wodurch die Bewegung dort neue Stöße bekommen hat. Dem neuen Bunde steht eine glänzende Zukunft bevor, das ist unsere feste Überzeugung. Die „Turnzeitung“ hat eine Auflage von 105 000 erreicht, die „Freie Turnerin“ eine solche von über 10 000; die letztere wird um je vier Seiten verstärkt. Unser Kampf mit äußeren Mächten fand durch den Krieg des preussischen Kultusministeriums gegen unsere Vereine schärfsten Ausdruck. Unser Prozeß endete allerdings nach mancherlei Störungen mit einem vollen Erfolg für uns, jedoch hat das Reichsgericht noch das letzte Wort, weil der Staatsanwalt Revision angemeldet hat. Am meisten gelitten unter den sinnlosen Bedrückungen des Ministeriums hat unser Berliner Verein. 15 Lehrlinge, 3 Schüler- und 2 Damenabteilungen sind zum Opfer gefallen und fristen jetzt als selbständige Spielvereine ihr Dasein weiter. Trotzdem sind fast alle Betroffenen Mitglieder des Vereins geblieben, so daß das Ministerium eigentlich nichts erreicht hat, als die jungen Leute am Turnen zu verhindern. Dadurch wird die ganze Unsinntigkeit des behördlichen Vorgehens treffend illustriert. In den übrigen Bundesstaaten hat der Kampf wenigstens keine Verschärfung erfahren, nur das Herzogtum Sachsen-Altenburg macht in Turnerböten gegen Fortbildungsschüler auf Grund neuerer Verordnungen. Im übrigen ist alles beim alten. Wie stehen bei allen Sachwaltern des Klassenlaates im denkbar schlechtesten Ansehen, was für uns ein gutes Agitationsmittel ist. Eine Änderung in diesem Zustande herbeizuwünschen, haben wir keine Veranlassung, solange die Behörden die gesetzlichen Grenzen nicht überschreiten. Eine Unterstützung von dieser Seite wollen wir nicht, die überlassen wir gern der Deutschen Turnerschaft, die ohne solche Liebesgaben ja nicht existieren kann. Im neuen Jahre wollen wir, getreu unsern alten Idealen, weiter arbeiten und unsere bisherigen Erfolge noch zu steigern suchen. Haben wir keine Freunde in den Kreisen der Herrschenden und ihrer Sachwalter, so haben wir desto mehr Sympathien im Volke. Möge diese Sympathie sich durch recht zahlreiche Beitritte in die Arbeiter-Turnvereine äußern — im Interesse der Sache, die von der Behörde mit der größten Aufmerksamkeit beglickt wird, wäre es notwendig.

Aus ersten Kreisen. Wir lesen im „Steiniger Volksboten“: In einem Kärntner Lokalblatt stand neulich folgendes vielgelande Interat:

Welche Damen aus ersten Kreisen wären wohl geneigt, diskret Liebes-Abenteuer einzugehen. Gest. Offerten usw. Es ist erfreulich, daß die „besseren“ Herren anfangen, die Objekte ihrer Lust allmählich in ihren eigenen Kreisen zu suchen, statt immer die Töchter des Volkes auszunutzen. In den oberen Schichten gibt es zweifellos Mächtigangertinnen genug, die gerne ihre Mühe mit Liebesabenteuern ausfüllen, und deren Benutzung ist weniger unmoralisch, weil sie genügend eigene Mittel haben, um später auch allein existieren zu können, während verführte arme Mädchen ins Elend geraten, wenn sie anständiger Arbeit entzogen sind und zu unanständiger nicht mehr begehrt werden.

Amnestie in Sachsen-Weimar. Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat aus Anlaß seiner Wiederverheiratung eine Amnestie erlassen. Sie umfaßt alle bis zum 24. Januar ergangene Urteile wegen Übertretungen und Eigentumsvergehen, die mit Haft oder Gefängnis bis zu 2 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 Mf. geahndet sind.

Liebesdrama. Aus Berlin berichten die Blätter: Ein Leichenfund, der in der Königsheide gemacht wurde, läßt auf ein Liebesdrama schließen. Die Ermittlungen ergaben, daß die Tote die neunzehnjährige Schneiderin Ippuldat aus Rigidorf ist. Als Täter kommt wahrscheinlich ein Mann in Betracht, der die Ippuldat mit ihrem Einverständnis erschossen hat; vorläufig fehlt von dem Manne noch jede Spur.

Zu dem Selbstmord eines Liebespaars in einem Hotel der Berliner Friedrichstadt wird noch gemeldet: Die beiden Leichen sind jetzt rekonstruiert worden; es handelt sich um den 30 Jahre alten Studenten der Mathematik am Polytechnikum in Kopenhagen: Sven Kehlet und die 22-jährige Frau Karen Margarete Lesingham, geb. Kallenbach aus Kopenhagen. Der ärztliche Befund der Leichen ergab, daß Kehlet seine Geliebte durch einen Revolverstoß in die Schläfe getötet und sich selbst durch einen zweiten Schuß das Leben genommen hat.

Mord und Selbstmord. Der Kaufmann Hans Polte in Berlin erschoss die Verkäuferin Frida Thurow und verwundete sich selbst schwer durch einen Schuß in die Schläfe.

Wieder ein Schüler-Selbstmord. Gestern erhängte sich ein 13jähriger Schüler der 11. Gemeindeschule in Charlottenburg, der Sohn eines Lokomotivführers, wegen seiner schlechten Weihnachtsfeier, die er seinem Vater zur Unterschrift vorlegen sollte.

Vergiftete Klöße. In Döpen erkrankte nach dem Genuß von Nohnlößen die ganze aus sieben Personen bestehende Familie des städtischen Arbeiters Warth schwer unter Vergiftungserscheinungen.

Ein Brandstifter. Der Besitzer des Hotel National in Harzburg, Buch, ist wegen Brandstiftung verhaftet worden. Er war seit Weihnachten mit seiner Familie verheiratet. Als im Hotel Feuer ausbrach, fand man in einer großen Anzahl von Zimmern zahlreiche mit Benzin gefüllte kleine Eimer mit brennendem Licht. Buch führte seit einiger Zeit kostspielige Prozesse mit dem Vorbesitzer des Hotels.

Jugendlicher Einbrecher. Aus Dortmund wird berichtet: Als das Dienstmädchen Kunte abends nach Hause kam, überraschte sie in ihrem Zimmer einen Einbrecher. Sie herab wollte sie den Eindringling festhalten, stemmte sich gegen die Ausgangstür, um ihn nicht fortzulassen, und schrie

laut um Hilfe. Der Dieb feuerte nun aus allernächster Nähe einen Schuß auf das Mädchen ab, der nur dessen Kopf streifte. Mit Hilfe der herbeigeeilten Nachbarn gelang es schließlich, den Dieb dingfest zu machen, und nun stellte die inzwischen benachrichtigte Polizei fest, daß man es mit einem sechzehnjährigen Kaufmannslehrling, Sohn einer achtbaren Familie, zu tun hatte. Bei ihm fand man außer dem Revolver noch viele Patronen und ein 45 Zentimeter langes, vierkantiges Stillet. Die anderen Ermittlungen ergaben, daß der junge Dieb bereits über dreißig Einbrüche verübt hatte und in seiner Wohnung ein ganzes Lager von Waffen, Diebeswerkzeugen und gestohlenen Waren aufgestapelt hatte.

Unterschlagungen in einer Werk-Krankenkasse. Bei der großen Betriebskrankenkasse des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation sind Unterschlagungen entdeckt worden, über deren Umfang die Werkverwaltung keine Auskunft gibt, die aber ziemlich groß sein müssen, da man den Rendanten, der 20 Jahre im Amte ist, entlassen hat. Die Kasse steht unter völligem Einfluß der Werkverwaltung.

Ein fast unglaubliches Vorkommnis bewegt in der Gegend von Hof die Gemüter. Der Farbereibesitzer Müller im nahen Jörbau hielt seine Tochter seit dreizehn Jahren in einer Kammer gefangen. Die jetzt 38 Jahre alte Person wurde vor einigen Tagen von einer Gerichtskommission in vollständig verwahrlohtem Zustande aufgefunden und in das Krankenhaus Schwarzenbach a. S. gebracht. Was die Eltern veranlaßt hat, ihre Tochter vollständig von der Welt abzuschließen, muß die angeleitete Untersuchung ergeben. Der Vater der Verwahrlohten bekleidet das Ehrenamt eines Gemeindefassierers und das eines Armenpflegerats.

Eine Schreckensfahrt im Schnellzug. Furchtbare Augenblicke haben die zahlreichen Passagiere des abends 4 Uhr 50 Minuten in Dresden fälligen Mächigen-Dresdener D-Zuges, der zwischen Frankenstein und Freiberg in einen Schneesturm geraten war, erlebt. Ein Passagier des D-Zuges berichtet darüber folgendes: Der Zug war bis auf den letzten Platz gefüllt. In den Kupes brannten schon die Lampen, doch konnte man noch deutlich unterscheiden, wie der orkanartige Sturm draußen die Wipfel der Bäume beugte. Mit Windeseile durchbrauste der Zug die nach Freiberg stark abfallende Strecke. Plötzlich dröhnt ein entsetzliches Krachen durch den Zug, ein Rucken und Stoßen durchschüttelt die Wagen, über unseren Köpfen erschallt ein Donnern, als bräche mit Macht die Decke hernieder, ein Splitten und Brechen ist um uns, mit hellem Gekirr brechen draußen im Gange die großen Fenster Scheiben an unseren Kupesüren und zerfallen auf dem Boden in tausend Stücke. Ein Schreien durchstößt die Wagen. Die Passagiere klammern sich in ihrem Schrecken an die Gepäckstücke, um dem Erdstöße zu widerstehen, der auf den Wänden zu entgehen, Stoßgebete durchhallen den Raum. Ein junges Mädchen verfällt in Krämpfe, eine Frau ist ohnmächtig umgesunken. Jetzt hört man, wie die Bremsen mit ungewöhnlicher Wucht sich an die Räder legen. Nach schrecklichen Stößen und Rucken steht endlich der Zug. Die Passagiere reißen die Fenster auf, der Zug hält mitten im Walde. Das Zugpersonal durchleuchtet die Wagen und sucht die aufgeregten Fahrgäste zu beruhigen. Ein Zusammenstoß sei ausgeschlossen; doch was die Ursache der Verwüstungen in den Wagen gewesen sei, das können auch sie nicht sagen. Man spricht von einem Blitzschlag, einer Windhose, umgestürzten Bäumen usw. Nur so viel steht fest, daß zwei Passagiere im Speisewagen, in dem alles Glatte in Stücke gegangen ist, couragiert die Notbremse gezogen haben. Die Schaffner kletterten von den Wagen herab und untersuchten Zug und Gleise. Da stellte sich denn heraus, daß nahezu sämtliche Fenster an der linken Seite des Zuges, 39 an der Zahl, zertrümmert worden sind. Nach viertelstündiger genauer Prüfung aller Räder, während der man sich der in Krämpfen oder Ohnmacht liegenden Mitreisenden annahm, setzte der Zug langsam seine Fahrt durch den orkanartigen Schneesturm fort. Mit offenen Fenstern, durch die Kälte und Schnee ungehindert eindringen konnten, ging die Fahrt dann über die vom Winde umbrauste Hochebene bei Niederbobrich ins wilde Weißeritztal hinunter. Einige vom Schreck allzusehr mitgenommene Passagiere waren in Freiberg ausgestieg, um sich vor der Weiterfahrt zu erholen. In Dresden traf der D-Zug 5 Uhr 10 Minuten ein. Hier mußte der ganze Zug, in dem man die Glasplitter förmliche sammelte, ausrangiert werden, so daß der nach Breslau weitergehende D-Zug aus neuen Wagen zusammengestellt werden mußte. — Wie die angestellte Untersuchung ergeben hat, sind hinter Frankenstein während des Vorüberfahrens einige starke hohe Fichten auf den D-Zug gestürzt, deren Geäst unter donnerähnlichem Geräusch über den Zug hintrieb und 39 Fenster scheiben der linken Zugseite zertrümmerte. Hätten sich die Bäume, die erst hinter der ersten Lokomotive den Zug trafen, nur wenige Sekunden früher über das Gleis gelegt, so wäre eine Entgleisung und somit ein schweres Eisenbahnunglück unvermeidlich gewesen. Es ist ferner als ein Glück zu bezeichnen, daß die Koppelung der hemmenden Wucht der auf die Wagen gestürzten Bäume standgehalten hat. So wurde ein Auseinanderreißen des Zuges und somit eine Entgleisung der einzelnen Wagen verhütet.

Die streikenden Messbuben. Die kleine Gemeinde Berchem unweit Antwerpen ist seit einigen Tagen in hellem Aufruhr. Es ist dort ein eigenartiger Zustand ausgebrochen, der die Gemüter erhitzt und der sich während der Weihnachtsfesttage ganz besonders fühlbar machte. In der Kirche des heiligen Willibrord kreist das gesamte Personal vom Glöckner bis zum Küster herauf mit keiner mehr seine Funktion verrichten. Selbst die Messbuben haben sich der Bewegung angeschlossen und auch die eifrigen Schlichterinnen. Grund: der Herr Pfarrer hat auf Veranlassung seiner Köchin einen Chorjänger, der ihr den Respekt verweigerte, kurzerhand davongelagt. Alle erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch, und deshalb stockt in Berchem seit acht Tagen jeglicher kirchliche Betrieb. Auch der Bürgermeister konnte den Streit nicht schlichten. Denn weder der Pfarrer noch der Chorjänger wollen nachgeben. Und so hat man schließlich dem Kardinal-Erzbischof von Mecheln die Akten eingeschickt, damit er Frieden schaffe.

Schreckliches Unglück. In den Hochöfenwerken Providence in Marchienne (Belgien) kürzte ein 46jähriger Arbeiter, Vater von fünf Kindern, der die Entleerung eines Stahlgußofens zu überwachen hatte, infolge Zusammenbruchs eines gemauerten Schmelztrichters in einen mit 1000 Kilogramm wespaltend flüssigen Stahls gefüllten Behälter. Die Metallmasse überdeckte ihn sofort.

Vergiftung. Einer Meldung aus Mailand zufolge wird das Apenninendorf Scopolo durch einen gewaltigen unaufhaltbar vorrückenden Berggrutsch in äußerster Gefahr gebracht. Die Erdmassen, die teilweise eine Breite von 500 Metern erreichten, sind bereits bis an die ersten Häuser der Ortschaft gelangt, die gänzlich geräumt werden mußte.

Drei Luftschiffer schwer verletzt. Die Bolener meldet aus Krotoschin: Bei dem Dorfe Duzann landete ein Ballon der Dresdener Luftschiffahrtsgesellschaft, wobei drei Luftschiffer schwer

Lebt wurden. Das Unglück ereignete sich bereits Sonntag abend. Als infolge Sturmes der Luftballon der Dresdener Luftschiffahrtsgesellschaft scharf landete, schlug der Korb heftig auf; die Insassen, die Professoren Seiffert und Besch aus Meissen und der Kaufmann Walter aus Danzig wurden nicht unerheblich verletzt.

Ein böses Versehen. In der Londoner Vorstadt Fulham starb an Vergiftung die Frau des Theaterdirektors Pratt. Sie hatte gegen eine Magenentleerung statt Opium Strichnin genommen, das ihr der Apotheker versehenlich gegeben hatte.

Erfroren. Nach einer Meldung aus Bern verirrte sich ein achtjähriger Knabe im Jura in einem Schneetreiben und ließ die ganze Nacht in den Bergen umher; am Morgen darauf wurde er erfroren aufgefunden.

Zum Todessturz des Aviatikers Delagränge wird noch gemeldet: D. stand erst im 35. Lebensjahre und war einer der ersten, die sich mit der Technik der Flugmaschinen beschäftigten. Von Geburt Franzose, war Delagränge ein sehr befähigter Bildhauer, der sich auf Ausstellungen Medaillen zu erringen wußte. Seine ersten Flugversuche führte er mit Zweifeldern aus, ging aber später zu dem System der Eindecker über. Er war der erste, der Flügel mit Passagieren unternahm. In der letzten Zeit trat er weniger hervor. Seguin, der Konstrukteur des Motors „Gnom“, dessen sich Delagränge bediente, äußerte sich über das Unglück folgendermaßen: „Meine Meinung ist die, daß der „Gnom“ im Verhältnis zu den Ausmessungen des kleinen Eindecker-Motors zu kräftig ist. Delagränge konnte wohl den Schnellfliegerford in Doncaster schlagen, er konnte auch 200 Kilometer bei ruhigem Wetter in Juvisy fliegen; aber es war eine Waghalsigkeit, bei dem heftigen Winde des heutigen Tages sich des „Gnom“ zu bedienen. Delagränge hatte gegen den Sturm anzukämpfen, der Motor arbeitete viel zu heftig. Die relativ zarten Flügel konnten nicht mit und zerbrachen an dem Wind, wie wenn sie gegen eine feste Mauer gestoßen hätten.“

Endliche Mörder. Kürzlich wurde in Frankreich die Frau Gouin in einem Eisenbahnzuge ermordet und beraubt. Die Leiche wurde dann aus dem Zuge geworfen. Jetzt ist es gelungen, die Mörder in den Personen zweier Soldaten, Michel und Graby, dingfest zu machen. Sie legten folgendes Geständnis ab: Die beiden Mörder fanden Frau Gouin, die ihnen völlig unbekannt war, in einem Abteil 1. Klasse allein sitzend und bismarckisch schlafend vor. Nachdem sie die Tür nach dem Korridor verriegelt hatten, warfen sie sich auf die schlafende Frau. Graby packte sie an der Kehle und warf sie zu Boden, während Michel mit Fußtritt ihren Kopf bearbeitete. Nach wenigen Minuten war Frau Gouin tot. Während Graby sich die Hände in der Toilette wusch, beraubte Michel die Leiche und warf sie zur Tür hinaus, wobei er sich infolge Zuschlagens der Tür einige Finger blutig quetschte. Als Graby zurückkehrte, gingen sie an die Verteilung der Beute, die nur in 5 Mk. bar und einigen Wertpapieren bestand. Letztere konnten sie wegen der damit verbundenen Gefahr nicht verkaufen. Die Mörder werden vor das Schwurgericht gestellt, da sie das Verbrechen während eines 24stündigen Urlaubs begingen. Der von der Familie Gouin auf die Entdeckung der Mörder ausgelegte Preis von 25 000 Frs. dürfte dem Koch Bouthreut zufallen, der in Meilun gleichzeitig mit den Soldaten in den Zug gestiegen ist und dem Sohn der ermordeten Frau Gouin seinen Verdacht mitgeteilt hat. Die genannten Ringe wurden in der Wohnung der Geliebten Michels gefunden. Über die Einzelheiten der Aufklärung des Verbrechens wird noch aus Paris berichtet: Dem schon als verdächtig verhaftet gemessenen Soldaten Graby war es gelungen, ein glaubhaftes Alibi herzustellen, und die Polizei war im Begriff, ihre Nachforschungen in dieser Richtung aufzugeben, da meldete sich ein Reservist des Regiments, dem Graby angehört, eben jener oben genannte Koch, und erklärte mit aller Bestimmtheit, diesen in dem Nachtzuge, in dem der Mord erfolgte, gesehen zu haben. Daraufhin wurde Graby, der sich seit einigen Tagen beurlaubt in Paris befand, verhaftet.

Italienische Fischer gerettet hat der von England nach Triest fahrende Dampfer „Dardania“ auf der Höhe von Benedig. Das Boot hatte im Sturm das Steuer und alle Segel eingebüßt, deren Ruderer auf dem Meere umhertreiben. Die „Dardania“ nahm die Mannschaft an Bord, mußte aber das Boot seinem Schicksal überlassen.

Blutiger Orzech. Aus bisher nicht ermittelten Ursachen kam es in Sarajewo zu blutigen Straßenereignissen. Die Exzedenzen gingen mit Mordtaten einher. Vorher die behördlichen Organe einschritten, waren vier Personen getötet und mehrere andere schwer verwundet.

Sturm. Infolge eines ununterbrochen herrschenden Sturmes ist in Aiga der Straßenbahn- und der Dampferverkehr eingestellt. Die Tana II auf 5 Fuß über normal geneigt. Die Eisenbahnen kommen mit großer Verhäufung an. In der Stadt sind mehrere Dächer fortgerissen worden, wobei zwei Personen getötet wurden. Große Holzvorräte wurden fortgeschwemmt.

Erleuchtung eines deutschen Arbeiters in Kalifornien. Der „Grundstein“, das Verbandsorgan der Maurer, schreibt: Einen kleinen Kuckuck in die Gewerks- und Organisationsverhältnisse in Kalifornien gewährt der nachfolgende Brief eines im Jahre 1909 nach dort ausgewanderten verheirateten Kollegen aus der Provinz Schleswig-Holstein, der stets ein treues Mitglied unserer Organisation war: San Francisco, 19. November 1909. Lieber Freund!

Um das zu verstehen, das ich gab, einzulassen, will ich nun einmal darüber schreiben, was ich hier in der kurzen Zeit an Erfahrungen gesammelt habe. Zunächst ein paar Worte über die hier herrschende wirtschaftliche Konjunktur, die nicht gerade als besonders gut bezeichnet werden kann. Nach den Behauptungen der hiesigen Kollegen soll dieser ungleichmäßige Zustand der Konjunktur aber eine mehr vorübergehende Erscheinung sein, die mit den Wahlen, die wir in der letzten Woche hatten, zusammenhängen soll. Zurzeit der Wahlen soll dieser Behauptung nach — ganz gleich, ob Kandidatenwahl oder Wahl für die Stadtverordneten — das ganze Geschäftsleben immer mehr oder minder daniederliegen. Hierüber kann ich Dir vielleicht später aus eigener Erfahrung etwas mehr berichten.

Nun etwas über meine Erfahrungen, die ich während meines letzten Aufenthaltes hier als Maurer gemacht habe. Durch gute Beziehungen war es mir möglich, hier als Maurer Arbeit zu finden. Auf dem ersten Bau habe ich drei Tage gearbeitet. Die Arbeiterzeit betrug acht Stunden, morgens von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr. Die Arbeiterzeit innerhalb dieser Arbeitszeit war aber wohl höher, als was es in Hamburg bei den Arbeiterblößen gebräuchlich ist. In hiesigen Sinne des Wortes hat man nicht einmal Lust mit zu seine Verdienst zu verdienen. In einzelnen Fällen hatten Maurerwerk müssen 400 Steine verpackt werden — was man kann es nicht nennen. Das Wasserwerk wird gleich innen und außen gefügt. Letzteres geschieht mit demselben Mörtel, der zum Mauerwerk benutzt wird. Die hiesigen Arbeiter werden auch nicht gelehrt, sondern die Arbeit des Auslegens wird mit der Hand gemacht.

Nachdem ich drei Tage gearbeitet hatte, sollte ich mich in die Organisation der Maurer aufnehmen lassen, wozu ich mit Freuden bereit war. Aber das ist hier nicht so leicht. Die Aufnahme neuer Mitglieder kann nur in der Versammlung der Mitglieder vorgenommen werden. Bis zum Versammlungstage mußte ich noch ein paar Tage aussetzen. Jeden Dienstag ist hier Mitgliederversammlung. Für meine Aufnahme war weiter erforderlich, daß zwei von den mit mir am Bau zusammenarbeitenden Kollegen bezeugten, daß ich Maurer sei. Dies Zeugnis wollten die zwei Kollegen gern für mich ablegen. Gegen mein Mitgliedsbuch aus Deutschland hatte man nichts einzuwenden; aber die beiden Zeugen waren nicht erschienen, und darum konnte meine Aufnahme nicht vollzogen werden; ich wurde vielmehr auf die nächste Versammlung vertröstet. Zu dieser Versammlung sollte ich dann gleich einen Ausweis mitbringen, aus dem ersichtlich sei, daß ich mich zum Erwerb des amerikanischen Bürgerrechts gemeldet hätte. Als ich zu diesem Zweck nach dem Rathaus ging, wurde mir bedeutet, daß ich vorläufig kein Bürger werden könnte, weil ich noch nicht englisch schreiben und sprechen könne.

Es ist mir dann gelungen, an einem anderen Bau Arbeit zu bekommen; aber nach einem halben Tage mußte ich die Arbeit wieder einstellen, weil ich kein Mitglied der Organisation bin. Nach diesen Erfahrungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß in einer organisierten Arbeiterbewegung mehr Kollegialität und Solidarität herrscht, als unter den Mitgliedern der amerikanischen Maurerorganisation gegenüber einem zugewanderten ehelichen Kollegen. Ein ordentliches Statut, wonach alle Maßnahmen der Organisation begründet werden, scheint nicht vorhanden zu sein. Die Beschlüsse der einen Versammlung werden durch die folgende Versammlung wieder umgestoßen. Ebenso geht es mit den Beiträgen, die fast willkürlich festgesetzt werden. Wenn in der Kaffe Ebbe ist, wird viel bezahlt, und wenn sich der Kassenbestand gebessert hat, wird wieder weniger bezahlt.

Einen einheitlichen Arbeitslohn — wie in Deutschland im Maurergewerbe fast überall — kennt man hier nicht. Am den Schutz für Leben und Gesundheit ist es hier an den Bauten sehr traurig bestellt, kein Schutgerüst, keine Abdeckung der Balkenlagen. Wer das Unglück hat, kann hier vom obersten Geschoß ohne Aufenthalt bis unten in den Keller purzeln. Baubuden, Aborte oder Verbaukasten sind unbekannte Dinge an der Baustelle. Das Mauerwerk wird durchweg über die Hand gemauert. Die Behandlung, die sich die Maurer hier gefallen lassen, würde man in Deutschland auch dem einfältigsten und rücksichtlosesten Kollegen nicht bieten dürfen.

Die Willkür der Unternehmer oder deren Stellvertreter findet keine Grenzen; selbst in Hamburg, wo sich die Herren nach dieser Richtung sehr viel leisten, würde man nicht wagen dürfen, so weit zu gehen. Um alle diese Sachen kümmert sich die Organisation hier aber nicht.

Der Teufel möge Euch in Deutschland vor einer solchen Arbeitsweise bewahren. Jetzt arbeite ich bei einem Verwandten, der sich einen Platz gekauft hat, um fünf kleine Familienhäuser darauf zu errichten. Diese Häuser werden bis in Sockelhöhe aus Mauerwerk hergestellt, der obere Teil wird aus Holz aufgebaut. Bei dieser Arbeit bin ich bald als Maurer und bald als Zimmerer beschäftigt, gerade wie es paßt.

So viel für heute; wenn ich das nächste Mal wieder schreibe, werde ich meine Erfahrungen bedeutend bereichert haben und Dir davon Mitteilung machen.

Mit freundlichem Gruß
L. A.

Der „Grundstein“ bemerkt dazu:

Der Schreiber des Briefes ist ein altes Mitglied unseres Verbandes und als ein zuverlässiger Mann bekannt, der nicht fähig wäre, Unwahrheiten zu schreiben; sonst hätten wir den Brief auch nicht abgedruckt, denn so haben wir uns die Dinge doch nicht vorgestellt. Das sind trübe Bilder, die der Kollege L. A. uns zeigt. Wir möchten jedoch zu bedenken geben, daß in San Francisco bei dem schnellen Wiederaufbau abnorme Verhältnisse herrschen, die vielleicht keinen Schluss auf die in ruhigeren Städten zulassen.

Ein kostbarer Fund. Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Jassy geschrieben: Dem Chef des hiesigen Sicherheitsbureaus, Dr. Costescu, ist es gelungen, bei einer an der Peripherie der Stadt wohnhaften Bäuerin, namens Sasta Gradinariu, einen sensationellen Fund im Werte von vielen Millionen Franks zu machen. Einem bloßen Zufall, der mit dem gemachten Funde in keinem wie immer gearteten Zusammenhang steht, ist es zuzuschreiben, daß bei der genannten Bäuerin eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, bei welcher Gelegenheit mit Gold- und Silbergegenständen und vielen Brillanten gefüllte Koffer gefunden wurden. Die Bäuerin Sasta Gradinariu wurde sofort verhaftet. Bei dem ersten Verhör, dem sie unterzogen wurde, sagte sie aus, daß sie die bei ihr gefundenen Koffer schon seit 25 Jahren in ihrer Wohnung stehen hat. Ihren Angaben gemäß war ihre vor einem Jahre verstorbenen Tochter Maria beim Fürsten Nikolai Ghica gegen Ende der sechziger Jahre bedientet. Als dann Fürst Ghica behufs Vornahme einer Augenoperation sich nach Paris begab und dort kurz nach der Operation seinen Schmerzen erliegen war, nahm ihre Tochter Maria mehrere verpackte Koffer, um die sich niemand gekümmert hatte, zu sich in die Wohnung. Sie fürchtete sich jedoch, die Brillanten, Gold- und Silbergegenstände zu veräußern, so daß diese bis heute in ihrer Wohnung geblieben sind.

Die Steinigung einer Frau in Persien. Ein erschütterndes Bild von dem grausamen Wesen der Volksjustiz entrollt der französische Reisende Claude Auet in einem Aufsatze, den er in der „Illustration“ veröffentlicht. Er befand sich auf einer Reise durch das nördliche Persien und besuchte dabei auch die alte Stadt Kutikan, die vor einigen Jahren durch ein furchtbares Erdbeben schwer heimgesucht wurde. Doch über Schmutz und Trümmern erhoben sich bereits wieder die neuen hellen, niedrigen Häuser, buntes Treiben herrschte in den Straßen, und über dem ganzen Bilde lag eine friedliche Gesinnung, die nichts verriet von den grausamen Verirrungen, die die jetzt sorglos dahinschlummernden Perser mit einem Schlage in einen Augenblick blutiger Grausamkeiten stürzen können. Eine unglückliche Frau wurde das Opfer der Fehlschüsse in ihren Tiefen entseelten dunklen Zimmern, eine arme Bäuerin, die zwei Jahre lang mit ihrem Gatten, einem leichtfertigen Trinker, zusammengelebt hatte, mit ihrer Arbeit ihn ernährt, bis der Gemahl eines Tages aus Kutikan verschwand und nicht mehr gesehen wurde. Woche, ein, zwei, drei, vier Jahre verstrichen, keine Nachricht, keine Zeile traf ein. Die Frau lebte allein, ein anderer Bauer näherte sich ihr, sie hielt ihren verstorbenen Gatten für tot und heiratete ein zweites Mal. Ein Jahr später tauchte der erste Gatte unerwartet wieder auf. Man schleppte die Frau vor den Oberrichter von Kutikan, der schlug den Koran auf und verlas das Gebot Allahs, wonach die Schuldige gesteinigt werden mußte. Das Urteil war gesprochen. Die Menge zeigte sich aufs höchste befriedigt. Man bewachte die Frau und in demselben Aufzuge wurde sie durch die ganze Stadt geführt. Daran kaum befreit, das Gesicht entleert

was für die Perserin schon eine höchste Marter bedeutet — so schleppte man die Unglückliche Stundenlang durch alle Straßen und Bazare, umgeben von einer neugierigen, schweigenden Menge, die ungeduldtig auf die Gelegenheit wartete, das Urteil selbst vollstrecken zu dürfen. Wo die Arme vorüberschritt, war fröhliche Erwartung. Sie sprach kein Wort, sie weinte nicht, sie schritt dahin, als sei sie unempfindlich; im Volks aber wuchs die frohe Erregung mit jeder Minute und in allen Mienen spiegelte sich die grausige und barbarische Freude, binnen kurzem einen Menschen töten zu dürfen. Der Oberpriester selbst führte die Prozession, wie der Koran es verlangt. Endlich erreichte man die Richtstätte am Kirchhof. Eifrige Hände hatten bereits ein etwa ein Meter tiefes Loch in den Boden gegraben. Es bedurfte keiner Aufforderung, keiner Ermahnung, keines Stoßes, keiner Gewalt; Wortlos, wehrlos legte sie sich selbst in die flache Grube. Keine Klage kam von ihren Lippen, sie legte sich hin, als gälte es, im Sande zu schlafen. Dann näherte sich der Oberpriester... Das Opfer blieb stumm und regungslos, aber ringsum erschollen die leidenschaftlichen Rufe der wilden Menge, die ungestüm herandrängte, um nichts von dem gräßlichen Schauspiel zu verlieren. Da erhob der Oberpriester die Hand, man sah, wie er einen großen Stein umklammert hielt und mit aller Wucht schleuderte er ihn auf den Körper der Verurteilten. Der Aufschlag des Steines auf den Menschenkörper ging im fröhlichen Lärm der Zuschauer verloren. Der Geistliche hatte das Beispiel gegeben. Nun trat er zurück. Das Signal war gegeben. Ein Hagel von Steinen prasselte auf das Opfer nieder. Jeder, der seinen Stein schleuderte, begleitete den Wurf mit einem wilden Fluch. Aus der Grube aber klang nicht einmal ein Stöhnen, kein Seufzer war zu hören; man sah nur, wie über dem Körper die Steine sich häuften und ihn schließlich ganz verdeckten. Kaum eine Minute hatte das gedauert. Der Gerechtigkeit war Genüge geschehen. Zögernd und langsam löste sich die Menge, alle kommentierten die erlebte Sensation des Tages. Erst am Abend entfernte man den Steinhäufen, der den Körper der Verurteilten verdeckte. Und wie der Koran es verlangt, so verscharrte man die Leiche dicht neben der Richtstätte... Man sah noch im 20. Jahrhundert möglich ist, sollte man kaum für glaublich halten.

Allerlei Wissenswertes.

Der Erreger der Masern

Ist nach einer Mitteilung von Prof. Sittler in der „Münchener Med. Wochenschrift“ wahrscheinlich von ihm gefunden worden. Es handelt sich, wie ja schon vorher vermutet wurde, um ein den gewöhnlichen taubensförmig wachsenden Eitererregern nahestehendes Bakterium, das dadurch sich auszeichnet, daß es vom Blute von Kindern, die Masern bereits überstanden haben, angegriffen wird, während dies vom Blute von Kindern, die sicher noch nicht maulerkrank waren, nicht geschieht. Die Erreger der Masern sind bei der Erkrankung in den oberen Luftwegen, Nasenrachenraum, Luftröhre und Bronchien, zu finden. Der Masernausschlag würde sich nach Sittler dadurch erklären, daß Giftstoffe, die während der Lebensstätigkeit der Bakterien oder bei ihrem Absterben entstehen, in die Blutbahn gelangen, diese Veränderung hervorufen; der Masernausschlag wäre dann jenen Ausschlägen zuzurechnen, die nach Einbringung von Serum verchiedener Art beobachtet werden können. Der Ausschlag bei Masern ist sehr wertvoll zur Erkennung des Wesens der Krankheit, aber stellt keineswegs die eigentliche Erkrankung dar, sondern der Herd der Erkrankung ist in den Luftwegen gelegen. Deshalb richteten sich die ärztlichen Maßnahmen bei der Bekämpfung der Masernkrankheit auch stets auf diese Organe, während der Ausschlag nur mit milderem Mitteln behandelt wurde.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübcker Marktpreise vom 5. Januar.

Bauern-Butter Wfd. 1,20—1,85 Mk., Meierei-Butter Wfd. —1,45 Mk., Hufen 3,90—4 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk., Fühner 1,80—2,50 Mk., Küken Stk. 1,80—2,20 Mk., Tausen Stk. 0,55—0,65 Pf., Gänse Wfd. —0—0,90 Mk., Fledermaus 2 Mk., Schinken Wfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinstopf Wfd. 55—65 Pf., Wurst Wfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 6 Stück 60 Pf., Heringe 5 St. 10 Pf., Dorsche genüg., Lachs wasserfrische genüg., Karpfen Wfd. 1—1,10 Mk., Geräuch. Salsw. Wfd. 1—2 Mk., Schleie Wfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen 70-, Hechte Wfd. 70—80 Pf., Walche Wfd. 60—70 Pf., Kal Wfd. 0,80—1,00 Mk., Karantische Wfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl, b. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Wfd. — Mk., Gurken 100 Wfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Wfd. — Mk., Kappeln versch. edlere pr. 100 Wfd. — Mk., Pfäueren, pr. 100 Wfd. — Mk., Rirschen Wfd. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Mand Wfd. — Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 5. Januar.

Weizen, 118—128 Wfd. holl. 180—207 Wfd. Roggen 110—123 Wfd., neuer holl. 180—156, Gerste, nach Qualität 135—150 Wfd. Hafer, nach Qualität, alter 135—160 Wfd., hochsein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 5. Januar.

1. Klasse 248 Drittel zu 125,52 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 26 „ 118,62 Mk.

Literarisches.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in circa 18 Lieferungen à 80 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisse haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitage verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den 4. und 5. Tag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Arbeiter-Ladenschluß, Adressen, Akkordarbeit, Akkordmurer, Akkordhölzer, Unanarhisten. Für Referenten wird das Werk geradezu unentbehrlich werden, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammentragens erspart. Die Lieferungen erscheinen 14tägig.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Sieling. Verleger: Th. Schwarz & Co. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.